

#### Vierter Abschnitt.

### Der Untergang Wallensteins und der Prager Friede.

**M**it Gustav Adolf war aus den Wirren der deutschen Kämpfe die Kraft hinweggenommen, welche dem großen Kriege eine neue Wendung gegeben, neue Ziele desselben aufgestellt und die auseinanderstrebenden Kräfte zu vereintem Wirken gezwungen hatte. War diese Kraft zu ersetzen? Am wenigsten durfte man den Ersatz von Schweden her erwarten. Der königliche Name kam hier an Gustav Adolfs sechsjährige Tochter Christine, die Regentschaft an das Kollegium der Reichsräte. Letzteres, seiner Zusammensetzung nach eine Vertretung der Häupter der Aristokratie und des Beamtentums zugleich, hatte sich daran gewöhnt, in den Fragen der auswärtigen Politik die Gedanken des großen Königs nachzusprechen, und jetzt vollends ließen die Sorgen um die Sicherung ihrer Macht und ihrer Interessen in dem Heimatsland ihnen keine Zeit zu einer kraftvollen Leitung des deutschen Krieges. Zum Glück für sie und für Schweden bot sich ihnen in Deutschland ein Mann, der fähig war, ihnen diese Sorge aus der Hand zu nehmen, und zwar aus dem doppelten Grunde, weil er der vertrauteste und unentbehrlichste Mitarbeiter des verstorbenen Königs gewesen war, und weil er den klaren Blick und die feste Hand eines großen Staatsmannes besaß: ein Mann von einer gewaltigen Vielseitigkeit und Arbeitskraft, ebenso bewandert in den inneren, wie in den auswärtigen Geschäften des schwedischen Staates, ebenso erfahren in der Leitung der Diplomatie, wie der militärischen Verwaltung und, wenn es sein mußte, auch eines Kriegsheeres. Es war der Reichskanzler Axel Oxenstierna.

Gestützt darauf, daß er vom verstorbenen König wenigstens in den vier oberen Reichskreisen zu dessen Vertreter ernannt war, mehr noch darauf, daß er sich als den einzigen Mann fühlte, der in Deutschland überhaupt das Steuer zu führen verstand, ergriff er sofort die Leitung von Krieg und Politik. Eine schriftliche Vollmacht übersandte ihm der Reichsrat bereits am 25. Dezember, die ihm aber nicht weit genug war, eine zweite wurde für ihn am 22. Januar, eine dritte am 6. April 1633, im Namen der Königin allein, ausgefertigt. Räumlich

wird hier sein Auftrag erstreckt über Deutschland, die Deutschland benachbarten Staaten und alle dort stehenden Heere; inhaltlich erscheint er als „absolute Vollmacht“: im Namen der Königin soll er die Geschäfte des Krieges und Friedens leiten, alle Kriegsoffiziere und Beamten sollen ihm untergeben sein, die Anordnung der Feldzüge, der Abschluß von Waffenstillständen, Frieden und Bündnissen steht ihm zu, alles, was er in dieser Beziehung anordnet, wird die Königin ratifizieren. Es war eine Vollgewalt, wie man sie wohl irrtümlich in den Händen Wallensteins zu sehen glaubte. Drenstierna selber hatte allerdings zum Schein eine Einschränkung durch eine die Vollmacht begleitende Instruktion vorgeschlagen. Was aber die Instruktionen des Reichsrats bedeuteten, erkennt man leicht, wenn man sie im Hinblick auf die beiden wichtigsten Fragen der Ziele und der Mittel des Krieges betrachtet.

Als Gustav Adolf im September 1632 vor Nürnberg lag, hatte er den erfolglosen Versuch einer Friedensunterhandlung mit Wallenstein dazu benutzt, um seine Forderungen wieder um einen Grad bestimmter, als es vorher (S. 514) geschehen war, durch Drenstierna aufsetzen zu lassen. Mit aller Bestimmtheit wurde da gesagt, daß die Restitution der Personen und Rechte sich nicht nur aufs Reich, sondern auch auf die kaiserlichen Erblände beziehen müsse; nach pfälzischem Muster wurde die Freistellung der evangelischen Religionsübung auch in den Territorien der Katholischen, das Recht der Einziehung der geistlichen Güter auch in den Territorien der Evangelischen gefordert, es wurde dann das für die künftigen Friedensverhandlungen so folgenschwere Wort ausgesprochen, daß neben Herstellung des früheren Besitzstandes auch die Zweifel über den Sinn des Religionsfriedens, überhaupt die Gravamina der Reichsstände, d. h. die Summe aller auf Religionsfrieden und Reichsverfassung bezüglichen Rechts- und Machtansprüche ausgetragen werden müßten. Hatte man endlich noch zweifeln können, ob der König ganz Pommern oder nur einen Teil beanspruche, so lautete jetzt die Forderung: ewige Abtretung beider Pommern unter Wahrung des Lebensverbandes mit dem Reich. Vorschläge, die dabei über die Entschädigung Brandenburgs, die Vergrößerung Kursachsens und anderer Verbündeter des Königs gemacht wurden — auch Wallenstein, der mit dem Stift Würzburg, und der Kurfürst Maximilian, der mit Oberösterreich entschädigt werden sollte, waren nicht vergessen —, gaben zugleich einen Vorgeschmack des künftigen Länderhandels.

Indem nun Drenstierna dem schwedischen Reichsrat diese Bedingungen als eine nach Gunst oder Ungunst der Gelegenheiten festzuhaltende oder zu mildernde Norm vorlegte, zeigten die Räte wirkliches Interesse nur für die territoriale Vergrößerung Schwedens an der Meeresküste: wenn hierin, so meinten sie, die deutschen Stände statt Hülfe Widerstand leisteten, so könnte der Beistand Frankreichs oder Englands oder der Staaten durch einen Anteil an den in Deutschland gemachten Eroberungen erkaufte werden, oder es könnte gar Schweden seine ganze Kriegführung auf die Behauptung der Lande zwischen Elbe und Oder beschränken. Aber das letzte Wort in dieser Frage, wie in der der Friedensbedingungen überhaupt war, daß das nach der jeweiligen Lage der Dinge Thunliche der Entscheidung des Kanzlers heimgestellt bleibe. Der Erteilung einer eigentlichen Instruktion entzog sich der Reichsrat.

Einfacher noch war das Einverständnis über die Mittel des Krieges. Oxenstierna, wohl bekannt mit den Gegensätzen zwischen dem verstorbenen König und seinen deutschen Bundesgenossen, meinte von den letzteren: sie werden, wenn aus ihren Gefahren befreit, der Krone Schweden nicht den geringsten Dank wissen. Darum müsse man den Krieg nur mit ihren Mitteln durchzuführen suchen und von Schweden nicht nur keine weiteren Gelder und Truppen senden, sondern auch die ausgesandten Truppen unmerklich zurückziehen; eine Ausnahme sei nur zu machen an den „Rüsten“, d. h. in Pommern, daneben wohl auch in Wismar und Stade, weil man hier keine Unzufriedenheit über maßlose Kontributionen erwecken dürfe. — Natürlich war der Reichsrat mit dieser Entlastung Schwedens sehr zufrieden. Die deutschen Schützlinge mußten sich damit abfinden, daß für den Krieg, der unter schwedischer Diktatur geführt wurde, die Kosten fortan lediglich aus Deutschland gezogen, die Truppen zur Verstärkung und Ergänzung der Heere lediglich in Deutschland angeworben wurden.

So trat denn, soweit es von der schwedischen Regentschaft abhing, Oxenstierna an die Stelle Gustav Adolfs. Aber es gab noch drei andere Gewalten, die hier mitzureden hatten: die protestantischen Reichsstände, der König von Frankreich und die Heere mit ihren Führern. Unter den ersteren war es vor allem Kurfürst Johann Georg von Sachsen, dessen Machtgefühl durch die große Krisis erregt wurde. Er zog jetzt abermals den Vorgang des Leipziger Tages (S. 512) hervor und faßte den großen Plan, eine neue allgemeine Versammlung der protestantischen Reichsstände zu veranstalten, wo denn unter kursächsischer Leitung über die beiden großen Fragen der Kriegsführung und des Friedensschlusses zu entscheiden wäre. Klar war ihm hinsichtlich des ersten Punktes, daß jedenfalls nicht die alleinige Direktion des Krieges an Schweden fallen dürfe; er neigte einer Teilung zu, kraft deren Schweden in Oberdeutschland, Sachsen aber im eigentlichen Sitz protestantischer Macht, nämlich im ober- und nieder-sächsischen Kreise die Führung übernehmen sollte. Und dann der Friedensschluß? Eben jetzt hatte der alte Rivale Schwedens, König Christian IV. von Dänemark, die Zeit günstig gefunden, um mit einem förmlichen Vermittlungsangebot am 11. Dezember 1632 an den Kaiser, am 3. Januar 1633 an Sachsen, Brandenburg, selbst Oxenstierna heranzutreten. Dies Anerbieten war gleich willkommen am kaiserlichen, wie am kursächsischen Hofe, und für letzteren ergab sich daraus der Schluß, daß die Annahme desselben ein Hauptgegenstand der erstrebten protestantischen Versammlung sein müsse.

Solche Anschauungen fand Oxenstierna vor, als er in den letzten Tagen des Dezember 1632 in Dresden erschien, um vor allen anderen mit dem sächsischen Kurfürsten eine Verständigung zu versuchen. Natürlich sah er in ihnen die Absicht, die Vorherrschaft Schwedens in Deutschland zu brechen, und da hatte er denn zunächst seine feste Hand zu bewahren. Seine erste Antwort bestand darin, daß er jene Versammlung der vier oberländischen Kreise, die unter dem Schrecken über des Königs Tod vertagt war, am 18. Januar von neuem beschrieb, um so der von Sachsen betriebenen Tagsatzung zuvorzukommen; der zweite Gegenzug war, daß er an den Hof des brandenburgischen Kurfürsten eilte, um ihn, statt unter die sächsische, unter die schwedische Führung zu bringen.

In Berlin fand er Georg Wilhelm in dem alten Kreise befangen, dem Verlangen nämlich, einerseits sich mit Schweden entschiedener zusammenzuschließen, andererseits Pommern nicht aufzugeben. Im Gegensatz gegen Sachsen und unter dem doppelten Eindruck der wieder so kritisch gewordenen Lage der deutschen Protestanten und des geringen Vertrauens auf die sächsische Leistungsfähigkeit war aber jetzt das Verlangen nach festerem Anschluß an Schweden wieder um einen Grad stärker geworden; und so konnte Orenstierna hier einen ersten Erfolg erringen: Georg Wilhelm, als er bald darauf, am 22. Februar, zu persönlicher Besprechung mit Johann Georg in Dresden erschien, erklärte sich gegen eine einseitig von Kursachsen, ohne vorherige Verständigung mit Orenstierna, zu berufende Tagfagung.

Damit war der allgemeine protestantische Konvent durchkreuzt, und nun säumte Orenstierna nicht, die Versammlung der vier oberländischen Kreise am 18. März zu eröffnen, nicht in Ulm, sondern in dem gegen die kämpfenden Heere besser gesicherten Heilbronn. Es war das ein Vorgehen, welches den sächsischen Kurfürsten derart erbitterte, daß er ohne weitere Rücksichten die vornehmeren Stände von der Beteiligung an der Sonderversammlung abmahnte; aber wiederum mußte er erfahren, daß man einer sächsischen Führung kein Vertrauen entgegenbrachte: die protestantischen Stände der vier Kreise schlossen am 23. April den Bund mit der schwedischen Krone ab, wie ihn Gustav Adolf gefordert hatte, nur mit einigen der neuen Lage entsprechenden Milderungen der schwedischen Diktatur, andererseits aber auch unter Anerkennung der sich nun immer schärfer vordrängenden schwedischen Eroberungsabsichten. So wurde als Zweck des Bundes neben der Erkämpfung eines guten Friedens die durch diesen Frieden zu gewährende „Satisfaktion“ Schwedens aufgestellt; es wurden dann wohl zugunsten der Reichsstände die Rechte und Grundgesetze des Reiches ausdrücklich vorbehalten, und dem schwedischen Kanzler, indem man ihn zum Direktor des Bundes ernannte, ein teils von der Krone Schweden, teils von den Ständen im Verhältnis von drei zu sieben ernannter Beirat zur Seite gesetzt; allein diese Beschränkung erfolgte mit dem die Forderung Gustav Adolfs in der Hauptsache rettenden Zusatz, daß in Kriegssachen die „endliche Resolution“ dem Kanzler verbleibe. Auf diesen grundlegenden Bestimmungen ruhte dann die für die Gegenwart wichtigste Aufgabe, nämlich die Ordnung des Heerwesens. Hier errang Orenstierna mit seinem Vorsatz, das Königreich Schweden von weiteren Opfern freizuhalten, wiederum einen lautlosen Triumph. Indem nämlich beschlossen wurde, daß die Verbündeten „die notwendigen Armeen“ zu unterhalten hätten, gelten als diese Verbündeten in der Hauptsache nur die Stände der vier Kreise, Schweden erkannte für seinen Teil nur eine Beitragspflicht von den den katholischen Reichsständen entzogenen Gebieten an. Die Last selbst bestand vorzugsweise in Geldbeiträgen, die fürs nächste Jahr auf 144 Römermonate gesetzt wurden, sowie in Naturalleistungen, die sich auf das Servis für die einquartierten, auf die Verpflegung durchziehender Truppen beschränken sollten.

Ueber diesen der Organisation des Bundes dienenden Beschlüssen vergaß Orenstierna auch nicht die durch Dänemarks Anerbieten neu angeregte Frage des künftigen Friedens. Er, wie der schwedische Reichsrat waren darüber einig, daß

die dänische Vermittelung, wenn wirklich eintretend, allen Sondervorteilen Schwedens im Wege sein, wenn offen abgelehnt, sie in den Ruf der Friedensstörer bringen werde; es galt also, diese Friedensverhandlung durch die Kunstgriffe der Verschleppung zu vereiteln. Und da war es denn ein neuer Erfolg, daß der Kanzler in die Bundesakte eine Satzung hineinbrachte, welche besagte: Verhandlungen über den Frieden sind nur auf vorhergehenden Beschluß des Direktors und der Verbündeten statthaft.

Gleichzeitig führte er eine Maßregel durch, welche die Schwierigkeit der Vereinbarung des Friedens ins hellste Licht setzte: das war die Restitution des pfälzischen Kurfürsten. Wir wissen, wie die Rücksicht auf Baiern sowohl Frankreich, wie Sachsen vor dieser Maßregel zurückschrecken ließ; ein neuer Vorgang schien auch geeignet, sie eben jetzt zu vertagen, der Umstand nämlich, daß Friedrich V. dreizehn Tage nach Gustav Adolf, nur 36 Jahre zählend, aus dem Leben geschieden war. Aber wie nun dessen Bruder, Philipp Ludwig von Simmern, sich als Vormund der unmündigen Kinder des Verstorbenen meldete, setzte Orenstierna es zunächst durch, daß er in der Heilbronner Versammlung das kurpfälzische Votum führte, dann schloß er am 24. April das Abkommen mit ihm, kraft dessen die Rheinpfalz nebst der Kurwürde den Erben Friedrichs V. wieder eingeräumt wurde, allerdings unter einschränkenden Bedingungen, welche Schweden die Verfügung über die Festungen und das gesamte Kriegswesen, den Lutheranern vollste Religionsfreiheit und Teilnahme am Kirchengut sicherten. Der neue Herrscher konnte darauf, da die letzten vom Feind noch behaupteten Festungen, nämlich Frankenthal und Heidelberg, ersteres am 6. Dezember 1632, letzteres am 3. Juni 1633, wiedergewonnen wurden, in den Vollbesitz der rheinpfälzischen Lande treten.

Auf solche Weise gewann Orenstierna festen Boden für seine Herrschaft in Deutschland. Aber unvermeidlich war es, daß sich darüber sein Verhältnis zu Kursachsen noch schwieriger gestaltete. Wohl hatte Johann Georg bei den vorherigen Besprechungen erklärt, daß er an dem mit Gustav Adolf geschlossenen Bündnis auch unter dem Nachfolger festhalten werde, aber abgesehen davon, daß dieses Bündnis an sich ein loses war, wurde es jetzt noch mehr unterwühlt durch des Kurfürsten steigenden Unwillen über die Vorherrschaft Schwedens, über die Vereitelung der dänischen Friedensbemühungen, über den Gegensatz zwischen den gemäßigten Friedensbedingungen, die Sachsen, und den maßlosen, die Schweden im Auge hatte. Und dazu kam nun für Orenstierna die Aufgabe, mit dem zweiten großen Verbündeten, mit dem König von Frankreich, das durch Gustav Adolfs Tod erschütterte Verhältnis zu regeln.

Als Richelieu die Kunde von dem Tode Gustav Adolfs erhielt, war sein erster Eindruck, daß die große Stunde, da Frankreich durch die Ermattung und die Zwistigkeiten zum Eintritt in den offenen Krieg gegen Oesterreich und Spanien in Deutschland, in den Niederlanden und in Italien, genötigt sein werde, abermals näher gekommen sei. Wie es seine Art war, sagte er sofort die kühnsten Vergrößerungsentwürfe ins Auge, um aber dann sich zu besinnen und zu sagen, daß einstweilen der entscheidende Moment noch nicht gekommen sei: einstweilen sollte die neue Lage mit den alten Mitteln der Diplomatie und des gewaltsamen

Zugreifens im kleinen ausgenutzt werden. Wieder ging da der Schwarm seiner Agenten über Deutschland nieder; der bedeutendste unter ihnen war der Marquis von Feuquières, der am 8. Februar 1633 an Drenstierna und die protestantischen Reichsstände abging. Die nächste Aufgabe desselben war, das mit Gustav geschlossene Bündnis (S. 479) zu erneuern. Gleich hier aber erstrebte der Kardinal eine einschneidende Neuerung: der Gesandte sollte einen Dreibund betreiben, in dem Kursachsen als Führer der geeinten protestantischen Fürsten und Stände das dritte Glied bildete. Diese deutsche Vereinigung sollte dann den alten Gedanken, Baiern und die katholischen Fürsten durch Gewährung einer vorteilhaften Neutralität zu sich hinüberzuziehen, mit neuer Kraft aufnehmen, wobei denn zugleich der in dem schwedisch-französischen Bündnis befindliche Artikel zugunsten der katholischen Religion (S. 480) noch günstiger für die Katholiken zu fassen war, es sollte endlich Schweden bestimmt werden, wichtige Rheinplätze, die bereits erobert waren oder noch erobert werden mußten — in ersterer Hinsicht dachte der Kardinal vornehmlich an die Elsäßer Städte, in letzterer an die beiden Ausfallsthore rechts des Rheins, an Philippsburg und Breisach —, bis zum künftigen Frieden an Frankreich zu überlassen. Mit anderen Worten: der schwedischen Vorherrschaft in Deutschland gedachte der Kardinal die französische, der protestantischen Schutzherrschaft Schwedens das katholische Protektorat Frankreichs, den Eroberungen Schwedens an der Ostsee die Vergrößerung Frankreichs am Rhein entgegenzusetzen. Es waren die gleichen Tendenzen, die Gustav Adolf zurückgewiesen hatte, die jetzt aber dem schwächeren Nachfolger gegenüber verwirklicht werden sollten.

Indes auch jetzt war die günstige Stunde noch nicht gekommen. Der Kurfürst von Sachsen, den Richelieu gegen Schweden auszuspielen wollte, zeigte auch jetzt wieder gegen das französische Bündnis noch größeren Widerwillen, als gegen das schwedische. Am Heilbronner Tag, zu dem Feuquières sich begab, bekundeten die Versammelten wohl das Verlangen nach festerer Anlehnung an Frankreich, waren auch zum Teil den ihnen gebotenen Pensionen und sonstigen Vorteilen sehr zugänglich, aber abgesehen davon, daß sie noch Bedenkzeit brauchten, waren ihnen die Forderungen zugunsten der Katholiken ebenso widerwärtig, wie den Schweden. Und so konnte Drenstierna auch den französischen Zumutungen gegenüber seine volle Festigkeit bewahren. Das Ende war, daß am 19. April das französisch-schwedische Bündnis erneuert und nur durch einige Zusätze modifiziert wurde. Die wichtigste dieser Aenderungen lag in einer Bestimmung, nach der den deutschen Fürsten und Ständen der Zutritt ausdrücklich offen gehalten wurde, eine Bestimmung, die indes nach der Lage der Dinge höchstens zum Eintritt der lockeren Masse der Heilbronner Verbündeten führen konnte. Im ganzen bekundete der Vertrag das gleiche Ergebnis, das aus den Abmachungen mit den Deutschen hervorging: der Kanzler hatte den Zusammenbruch der Politik Gustav Adolfs abgewandt.

Aber daneben galt es noch die Abwehr eines zweiten Unheils, nämlich der Auflösung der Armee und der Zersplitterung der Kriegsführung. Wer konnte, das war hier die erste Frage, an die durch den Tod des gewaltigen Heerführers frei gewordene Stelle treten? Eine vorläufige Lösung bestand darin, daß in der von Gustav Adolf persönlich geführten Armee das Kommando an Herzog

Wilhelm von Weimar als Generalleutnant überging und dieser, wie bisher, von seinem Bruder Bernhard vertreten wurde. Die definitiven Anordnungen erfolgten dann im Januar 1633 unter der festen Hand Drenstiernas. Die Armee, die bei Lützen gesiegt hatte, wurde zu einem Teil dem Herzog Georg von Lüneburg, zum anderen dem Herzog Bernhard unterstellt: ersterer sollte gegen die vom Grafen von Gronsfeld geführten ligistisch-kaiserlichen Truppen die Weserlinie zu nehmen und von da den Krieg ins Westfälische zu tragen versuchen, letzterer sollte zunächst im Stift Bamberg und den benachbarten Maingegenden Winterquartiere nehmen und mit der kleinen Armee, die südlich der Donau gegen Baiern aufgestellt war, zusammenwirken. Dieses letztere Corps war von Gustav Adolf dem General Baner zugebracht; da dieser aber an einer bei Zirndorf erhaltenen Wunde noch darniederlag, so wurde er durch den Feldmarschall Horn ersetzt, der einen Teil seiner eigenen Truppen nach sich zog und nun vom Oberelsaß her im ganzen schwäbischen Kreis und von da gegen Baiern das Kommando führte, während die Führung der Streitkräfte im ober- und kurrheinischen Kreis dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld übertragen wurde. Zwischen diesem und dem Herzog Georg von Lüneburg führte dann wieder Landgraf Wilhelm von Hessen seinen eigenen Krieg gegen die westfälischen geistlichen Lande, und weithin zerstreut fanden sich noch andere und kleinere Corps: in Thüringen unter Wilhelm von Weimar, in Bremen-Verden unter Lesley, in Magdeburg und die Elbe abwärts unter Lohausen, in Schlesien zur Seite der sächsisch-brandenburgischen Truppen unter Oberst Duwal.

Nun aber, über diesen bunten Massen einem der Führer den obersten Befehl zu erteilen, das durfte Drenstierna bei der Eifersucht, welche die Generale, besonders die deutschen und die schwedischen, gegen einander hegten, nicht wagen; es blieb nichts anderes übrig, als daß er selber neben der Leitung der Politik auch die des Krieges übernahm. Wenn nun aber schon Gustav Adolf der Eigenmächtigkeit und Zwietracht der Führer nur in beschränktem Maße hatte steuern können, so drohte dieses Anwesen dem Manne, der den Krieg vom Schreibtisch her leitete, bald über den Kopf zu wachsen. Konnte er sich's doch auch selber nicht versagen, den Wunsch des ihm verhassten Arnim, daß ihm in Schlesien neben den sächsischen und brandenburgischen Truppen auch die kleine schwedische Abteilung unterstellt werden möchte, damit zu beantworten, daß er ihm, als Befehlshaber der Schweden, den Grafen Matthias Thurn zur Seite stellte, einen Mann, der bei seiner erprobten Unfähigkeit und an Verrücktheit grenzenden Großsprecherei sich nur durch seine gehässige Feindschaft gegen Arnim empfahl.

Weniger günstig war es also mit der einheitlichen Führung der schwedischen Heere bestellt. Darunter aber wirkte noch ein anderer Uebelstand, der noch viel schlimmere Sorgen nach sich zu ziehen drohte: das war die mangelhafte Bezahlung und die Ueberanstrengung der Truppen, die Gustav Adolfs Kriegführung von Anfang an bezeichnet hatten. Um die Unzufriedenheit, die daraus hervorging, niederzuhalten, hatte es der machtvollen Persönlichkeit des großen Königs bedurft; als nun aber unter der Verwirrung, die seinem Tode folgte, die Soldzahlungen erst recht stockten, als nicht einmal der bei Lützen verdiente „Schlachtmont“, d. h. die einem Monatssold entsprechende Belohnung gezahlt wurde,

erkannten die Führer an der Unlust der Soldaten, gelegentlich auch an Massen-  
desertionen die Zeichen einer drohenden Katastrophe: noch wußte man die Truppen  
monatelang zu beschwichtigen; aber im Frühjahr 1633, als gerade die schwedischen  
Kerntruppen, die von Horn und die von Bernhard von Weimar führten,  
in Neuburg an der Donau vereinigt waren, erfolgte ein recht gefährlicher  
Ausbruch.

Die Führung dabei übernahmen nicht gemeine Soldaten, sondern Oberste  
der Regimenter. Diese waren es ja, welche im Auftrag des Kriegs- oder Feld-  
herrn die Werbung und Ergänzung ihrer Regimenter — wie in ihrem Namen  
wieder die Compagnieführer die der Compagnien — durchführten, und durch  
deren Hände die Soldzahlungen gingen; regelmäßig traten sie, besonders wenn  
die bei der Anwerbung nötigen ersten Zahlungen ausblieben, für die Forderungen  
von Soldaten und Offizieren mit baren Vorschüssen oder doch mit ihrer Bürg-  
schaft ein; je höher also die Rückstände ausliefen, um so empfindlicher sahen sie  
ihren eigenen Besitz und Kredit gefährdet. Und waren sie nicht auch noch un-  
mittelbarer getroffen? Es war auch ihr eigener Sold, der unberichtigt blieb,  
und vor allem jene Gier nach außerordentlicher Bereicherung, die Gustav Adolf  
durch seine Schenkungen geweckt und durch freigiebig erteilte Versprechungen  
gesteigert hatte, wuchs nun gegenüber einer weniger respektierten und mit Miß-  
trauen angesehenen Regierung zu ungestümer Ungeduld. So geschah es, daß  
am 30. April ein großer Teil der Obersten und höheren Offiziere der genannten  
beiden Armeen in einen förmlichen Bund zusammentraten. Was sie verlangten,  
war: der rückständige Sold für Soldaten und Offiziere, die „Recompensen“ für  
verdiente Offiziere, die Sicherstellung der weiteren Soldzahlung. Zur Befriedi-  
gung ihrer Forderungen setzten sie einen Termin von vier Wochen an; bei ver-  
geblichem Ablauf desselben, stellten sie eine Meuterei in aller Form in Aussicht,  
d. h. Verweigerung der Operationen gegen den Feind, Bemächtigung der er-  
oberten Lande als Unterpfand ihrer Soldforderungen.

Was wäre wohl geschehen, wenn nun auch die beiden Generale aus Eifer-  
sucht gegen Örenstierna mit den Meuterern gemeinsame Sache gemacht hätten!  
Aber zum Heil für die schwedische Sache wählten beide den Weg der Vermitte-  
lung: Horn in voller Hingabe an das schwedische, Bernhard unter Einmischung des  
eigenen Interesses. Es kam also zu Unterhandlungen zwischen dem Kanzler und den  
verbündeten Obersten, deren vorläufiges Ergebnis ein am 22. Juli getroffenes Ab-  
kommen bildete: zur Befriedigung des nächsten Bedürfnisses sollte Offizieren und  
Soldaten der bare Betrag eines Monatsoldes gezahlt werden — dies nach der  
Erfahrung, daß, wenn man den Ertrag der in Geld und Naturalien gezogenen  
Contributionen von dem Sold abrechnete, nur noch ein mäßiger Rest übrig blieb,  
mithin ein voller Monatsold die Rückstände vieler Monate decken konnte. Zur  
völligen Berichtigung der Forderungen von Gemeinen und Offizieren sollten  
sodann den Regimentsobersten eroberte Lande und Güter überwiesen werden,  
mit der Verpflichtung, aus dem Werte derselben nicht nur ihre eigenen Schuld-  
forderungen, sondern auch diejenigen ihrer Regimentsangehörigen zu tilgen. Die  
Ausführung dieses Abkommens erforderte alsbald weitere Verträge, die zwischen  
Örenstierna und jedem Regimentsobersten geschlossen wurden. Und da wurde

denn wieder das Füllhorn der schwedischen Schenkungen, bei denen über den Obersten auch andere Bittsteller nicht vergessen wurden, ausgegossen. Klöster und Stifter, oder auch Stücke, die von katholischen Fürstentümern, wie Würzburg, Bamberg, selbst Baiern, abgetrennt wurden, bildeten den Gegenstand der Schenkung; die Verpflichtung des Obersten ging dahin, daß er sich selber für Sold und „Recompens“ abgefunden erkannte und die Rückstände der Offiziere und Gemeinen im Laufe eines Jahres (bis zum 11. August 1634) zu tilgen übernahm. Nicht vergessen wurden dabei auch die von Gustav Adolf angehängten Beschränkungen (S. 509 ff.). Es war Ausnahme, wenn z. B. der Oberst Sperreuter das bairische Amt Wemding ohne jeden Anhang erhielt; regelmäßig wurde der Vorbehalt des „Rechts der Oberherrlichkeit“ eingesetzt und dazu die Verpflichtung, der Krone Schweden „getreu, hold und gegenwärtig“ zu sein, oder auch, das Gut geradezu als Lehen derselben zu übernehmen<sup>1)</sup>.

Bezeichnend war bei diesem Handel die passive Rolle der gemeinen Soldaten. Wie bei der fortgehenden Verstümmelung der Regimenter dafür gesorgt wurde, daß der Stab der hohen Offiziere nebst ihren Einkünften unvermindert erhalten blieb (S. 539), so wurde auch jetzt die Befriedigung der Kriegsknechte und der niederen Befehlshaber mit einem schwerlich gerechtfertigten Vertrauen den spekulierenden Obersten anheimgegeben. Nicht minder bezeichnend war aber noch ein anderer Umstand: der glänzende Vorteil, den bei diesen Kaufhändeln der Herzog Bernhard für sich herauszuschlagen verstand.

Der junge Feldherr — er vollendete eben sein 29. Lebensjahr — gehörte, gleich seinem verstorbenen Bruder Johann Ernst (S. 143), zu der kleinen Auslese fürstlicher Kriegsmänner, die als Frucht ihrer Erziehung sich eine ideale Auffassung der öffentlichen Angelegenheiten bewahrt hatten. Evangelische Freiheit und deutsche Libertät waren ihm keine leeren Worte, und ähnlich wie Gustav Adolf zeichnete ihn ein fleckenloses Privatleben und fromme Uebung seiner Religionsgebräuche unter den täglich mehr verwildernden Kriegsmännern aus. Aber auch ihn, der mit siebzehn Jahren sich dem Kriegsberuf ergeben und jetzt bereits das Ansehen eines hervorragenden Generals gewonnen hatte, stachelte der Ehrgeiz und trieb ein verwegener Wagemut voran, das Höchste zu erringen, was das Glückspiel der Kriege bieten konnte: ein mächtiges Fürstentum, die führende Stellung im schwedischen Heer und kraftvolles Eingreifen in die politischen Verhältnisse. Er war durchdrungen von dem hochfahrenden Selbstgefühl des deutschen Reichsfürsten, und wie er seinen Stolz gelegentlich schon gegen Gustav Adolf gekehrt hatte, wandte er ihn jetzt in vollem Maße gegen die beutegierigen Schweden, die statt des großen Königs befehlen wollten. Wohl erkannte er an, daß der Krieg unter der Autorität der schwedischen Krone fortgeführt werden müsse, aber wie die Mittel zu diesem Kriege fortan aus Deutschland allein erpreßt wurden, so schien es ihm auch billig, daß der Oberbefehl über die Heere einem deutschen Fürsten zufalle.

<sup>1)</sup> Vgl. u. a. Stälin, in den Württembergischen Vierteljahrsheften 1894, 4 n. 45, 3, 5, 21. Zweifel erweckt die in dem Formular bei Röse I n. 36 S. 448 befindliche Bezeichnung „unmittelbar Erblehen des hl. Römischen Reichs“. Sollte damit vielleicht nur die Lösung einer Unterlehensherrlichkeit ausgedrückt sein?

Die gelegene Stunde, seine Forderungen zur Geltung zu bringen, kam für den Herzog heran, als er die Vermittlung zwischen Orenstierna und den meuternden Obersten übernahm. Damals trug er dem bedrängten Kanzler auch seine eigenen Wünsche vor; die aber bestanden in zwei Punkten: einmal, mit Berufung darauf, daß Gustav Adolf seine Freigiebigkeit in Versprechungen in ganz besonderem Maße gerade ihm gegenüber bethätigt hatte und — wir wissen freilich nicht, ob in loser oder verbindlicher Form — ihm die Aussicht auf ein aus den geistlichen Fürstentümern Würzburg und Bamberg zu bildendes Herzogtum Franken eröffnet hatte, verlangte er jetzt die Erfüllung dieser Zusagen. Sodann, unter dem Titel einer zweckmäßigeren Anordnung der Heeresführung beanspruchte er ein höheres Kommando, und zwar, wenn der Feldmarschall Horn seine Absichten richtig erkannt hatte, den Rang eines Generalleutnants. Unter diesem Titel hatte einst Tilly die Armee der Liga geführt; unter demselben Titel erstrebte Bernhard nach Horns Ansicht ein oberstes Kommando über „alle Armeen“.

Hätte Orenstierna die Tragweite dieser zweiten Forderung, deren Bewilligung ungefähr seine eigene Abdankung bedeutet hätte, nicht selber erkannt, so würde Horn sie ihm deutlich gemacht haben, indem er für den Fall der Gewährung seine eigene Entlassung nachsuchte. Allein je entschiedener der Kanzler sie ablehnte, um so weniger glaubte er — auch hierin von Horn bestärkt — der Begierde Bernhards nach einem Fürstentum widerstehen zu sollen. Und so kam denn am 20. Juni 1633 die Schenkungsurkunde<sup>1)</sup> zustande, kraft deren Orenstierna im Namen der Krone Schweden das „Herzogtum Franken“ und, als territoriale Grundlage, die allerdings durch anderweitige Verfügungen erheblich geschmäler-ten Fürstentümer Würzburg und Bamberg dem Herzog Bernhard zu erblichem Recht, das auf das gesamte Haus Sachsen ausgedehnt wurde, übertrug. Nicht ohne scharfe Bedingungen wurde indes die Schenkung gewährt. Die einfachste, die auch bei den anderen vorerwähnten Schenkungen sich von selbst verstand, war Uebernahme der durch den Heilbronner Bund auferlegten Abgaben. Schwerer schon war es, daß sich der Herzog zu einer unter verschiedenen Titeln berechneten Entschädigungssumme von 600 000 Reichsthalern verstehen und in Würzburg und Königshofen sich eine unmittelbar von Orenstierna abhängende schwedische Besatzung gefallen lassen mußte. Am schwersten aber drückten die Bande, mit denen, ganz im Sinne Gustav Adolfs, der Herzog an die Krone Schweden gefesselt wurde: er mußte für sich und seine Nachfolger eine „ewige und unwider- rufliche Conförderung“ mit der Krone Schweden, deren Satzungen, besonders auch über die gegenseitige Kriegshilfe, im einzelnen formuliert wurden, abschließen; er mußte ferner das Herzogtum als „ein rechtes Mannlehen“ der Krone Schweden anerkennen. Allerdings gaben diese letzteren Verpflichtungen dem Herzog doch auch wieder Anlaß, die Schranken derselben zu bestimmen: von den Feinden, gegen die er Bundeshilfe zu leisten hatte, wurde das Reich ausgenommen, und zu den Anordnungen der Schenkungsurkunde über das Lehensverhältnis mußte auf sein Verlangen die Klausel zugesetzt werden: bis die Sachen im Reich

<sup>1)</sup> Vgl. meine Bemerkung in den Göttinger Gelehrten Anzeigen 1905, S. 205 Ann. 1.

durch einen allgemeinen Frieden geordnet und „wegen dieser und anderer Donationen im Grund verglichen“ sein werden.

Nach solchen Abfindungen des Herzogs und der Obersten konnte Orensierna das schwere Werk der Regelung der politischen und militärischen Angelegenheiten endlich als erledigt ansehen. Aufatmend mochte er sich auch sagen, daß, wenn während all dieser Schwankungen ihm von seiten des Kaisers ein schlagfertiges Heer und ein Feldherr von der Beweglichkeit und dem Wagemut eines Pappenheim gegenüber gestanden hätte, diese Zeit des Ueberganges wohl nicht ohne schwere Niederlagen dahin gegangen wäre. Aber zu ihrem Glück hatten die Schweden sich ein Heer gegenüber, das der Wiederherstellung ebenso dringend bedurfte, wie sie selber, und einen Feldherrn, der mit jedem Jahr in seinen Vorbereitungen langsamer, in seinen Operationen behutsamer, in seinen Absichten unergründlicher und starrsinniger wurde. Von seinem Schlosse in Prag aus hielt Wallenstein die kaiserlichen Truppen unbeweglich in der Ruhe der Winterquartiere beisammen, selber ausschließlich mit der Aufgabe der Verstärkung und Ergänzung des Heeres beschäftigt. Soviel brachte er denn auch mit gewohnter Meisterschaft zustande, daß bis zum Frühjahr 1633 die Armee nach der Zahl der Truppenkörper noch über den Stand von 1632, die Infanterie z. B. von 54 auf 60 Regimenter anwuchs; aber freilich er konnte auch nicht hindern, daß die alte Geldnot, welche den Kaiser in die Abhängigkeit von seinem Feldherrn gebracht hatte, den Feldherrn wieder abhängig von seinen Obersten machte. Wie für die Kosten der Neuerwerbung die Vorschüsse der Regimentsobersten jetzt in viel höherem Grade in Anspruch genommen wurden als vorher, so mußte dafür Wallenstein ihnen mit seinem Wort für die Erstattung Bürgschaft leisten; wie man früher schon nach Gunst oder Geld einem Obersten zwei oder mehr Regimenter übergab, so griff dieser Mißbrauch jetzt, da er zum Erkaufen von Vorschüssen diente, noch weiter um sich, bis denn Wallensteins Schwager, Graf Adam Trzka, ein ehrgeiziger Tollkopf, in dem die Gelüste der böhmischen Rebellen fortlebten, im Lauf des Jahres 1633 auf sieben Regimenter kam. Vielleicht hing mit diesem Bedürfnis, die Willigkeit der Offiziere zu erkaufen, auch die im Verhältnis zu Wallensteins erstem Generalat überreiche Besetzung der unter dem Namen der „Generalspersonen“ begriffenen höchsten Kommandos zusammen, ein Luxus, der grell gegen die Geldnot abstach.

Bis zum Mai 1633 war Wallenstein mit diesen Vorbereitungen so weit fertig, daß er die Armee, mit der er ausziehen wollte, in Königgrätz zusammenkommen ließ. Wohin sollte nun der Hauptstoß gerichtet werden? Wäre der Grundsatz maßgebend gewesen, den Feind vor allem da zu treffen, wo seine Kraft sich am stärksten und gefährlichsten erwies, so hätte man sich wohl in erster Linie die Ueberwältigung von Horn und Bernhard von Weimar zum Ziel setzen müssen. Beide hatten sich durch die Rücksicht auf die Winterrast nicht abhalten lassen, den Gedanken Gustav Adolfs, daß die Kraft des Feindes zunächst in Baiern gebrochen werden müsse, wieder aufzunehmen. Der erstere war noch in den letzten Tagen des Dezember mit Streitkräften, die denen des Feindes nicht gewachsen waren, über den Rhein vorgebrochen und hatte, gestützt auf das verbündete Württemberg, seine Ver-

suche, über den Lech ins Bairische einzudringen, begonnen. Etwas später, Anfang Februar 1633, drangen Bernhards Regimenter im Stifte Bamberg vor, Ende März führte der Herzog sie auf dem alten Wege nach Donauwörth, und am 9. April hatte er sich mit dem ihm entgegenziehenden Horn bei Augsburg verbunden, um nun gemeinsam mit ihm einen Vorstoß bis in die Nähe von München zu wagen. Behaupten ließ sich freilich diese Stellung nicht. Am 24. April waren beide Feldherrn nach Neuburg zurückgegangen, aber nur um ihre Kräfte zu neuer Offensive zu sammeln. Denn, meinte Bernhard, das einzige Mittel, die mißvergnügte Armee beisammen zu halten, bestehe darin, daß man sie gegen den Feind führe.

Nicht diesen thatendurstigen Gegnern galten jedoch die nächsten Anstalten Wallensteins. Während er zur Deckung des nordwestlichen Böhmens gegen das Fränkische, Thüringische und Meißnische eine kleinere, ihre Spitze über Eger hinaus richtende Armee unter dem Feldmarschall Holt bildete, wandte er sich mit der Hauptarmee nach Schlesien, wo den Winter über der Feldmarschall Gallas den Fortschritten der Feinde zu wehren hatte: mit ihm stieß er am 31. Mai in Münsterberg zusammen. Er hatte damit einen Zug gethan, von dem Arnim schon Anfang März dem schwedischen Gesandten erklärt hatte, daß er das sächsische Heer in eine verzweifelte Lage bringen werde. Denn wie stellte sich nun das Stärkeverhältnis der Gegner? In der sächsischen Armee wurden allerdings 167, in der schwedischen 111 Compagnien gezählt<sup>1)</sup>; aber wenn Thurn die Kopfszahl der Schweden auf 12000 angab, so mußte er seine Angabe einige Monate später auf 4000 herabsetzen, und Arnim wollte gar nur von 2500 Mann wissen; und wenn neben den Schweden die durch brandenburgische Truppen verstärkte sächsische Armee allerdings um vieles zahlreicher war, so werden doch auch wieder die hohen Angaben über ihre Zahl durch die spätere Versicherung Arnims, daß seit der Breitenfelder Schlacht die von ihm geführten sächsischen Truppen niemals viel über 7000 Mann betragen hätten, stark herabgestimmt. Mögen nun diese untersten Zahlen zu niedrig gegriffen sein und jedenfalls die Besatzungen, die Kranken und nur zeitweilig Versprengten nicht einschließen, gewiß berechtigen sie doch zu dem Zweifel, ob aus den verfügbaren sächsisch-schwedischen Truppen eine Feldarmee von viel mehr als 12000 Mann gestellt werden konnte. Wenn jetzt diesen Streitkräften gegenüber Wallenstein eine Armee in Schlesien vereinigte, die amtlich auf 485 Compagnien mit rund 45000 Mann angegeben wurde, so mögen hier alle Elemente eingerechnet sein, die bei den Berechnungen seiner Gegner ausgeschlossen waren, und auch sonst die Ansätze nach oben abgerundet sein, aber als sicher wird man annehmen dürfen, daß er dem Feinde mit doppelter Stärke entgetreten konnte, daß also, wie im vorigen Jahre in Böhmen, so jetzt in Schlesien die Lage desselben eine verzweifelte war, wenn Wallenstein mit einem wuchtigen Angriffe vorging.

Und dazu schien er, nach den stolzen Worten, die er seinem Ein-

<sup>1)</sup> Chemnitz II S. 59. Im Oktober zählte man in der schwedischen Armee bei Steinau noch 79 Compagnien. (Hallwich II n. 1173, S. 345.) Für das folgende vgl. Gädeke n. 55, S. 159; Hildebrand n. 18, S. 31; Gädeke n. 107, S. 219. — Vgl. auch die Liste der im Februar 1633 zu Feld gezogenen sächsisch-schwedischen Truppen bei Hallwich I n. 159 S. 129.

marsch in Schlesien vorausschickte, in der That entschlossen zu sein. Die Zeit der Verhandlungen, sagte er, sei vorbei, der Kaiser werde jetzt die Sachen mit den Waffen entscheiden. Er, Wallenstein, wolle „gleich auf den Feind gehen“; bis Mitte Juni denke er mit ihm in Schlesien fertig zu sein und sich dann nach dem Reich, d. h. nach Oberdeutschland, zu wenden, „wodurch allen Sachen geholfen“ werde. Aber Welch ein Gegensatz stellte sich alsbald zwischen seinen Worten und seinen Thaten heraus! Als Wallenstein in Münsterberg anlangte, war Arnim schon seit einigen Tagen gegen den dort lagernden Gallas vorgegangen. Natürlich wich er vor der nun mächtig anwachsenden kaiserlichen Armee zurück, aber als Wallenstein ihm in nordwestlicher Richtung bis nach Heidersdorf folgte, und Arnim ihm gegenüber Halt machte, schien es zu einem Treffen zwischen den ungleichen Gegnern kommen zu müssen. Da jedoch wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, daß am 7. Juni zwischen beiden Feldherrn ein vierzehntägiger Waffenstillstand abgeschlossen sei. Als die nachträglich noch etwas verlängerte Waffenruhe ablief, wiederholte sich das gleiche Spiel. Am 3. Juli unternahm Wallenstein einen wenig rühmlich ablaufenden Versuch der Ueberrumpelung der Festung Schweidnitz; dann beobachteten sich beide Gegner in festen Lagern, die sie bei Schweidnitz aufschlugen, um am 22. August einen neuen, diesmal vierwöchentlichen, später noch bis zum 2. Oktober verlängerten Waffenstillstand zu schließen.

Und nicht nur daß Wallenstein in Schlesien jede Entscheidung hintanhalt, er sorgte auch dafür, daß auf den anderen seiner Einwirkung zugänglichen Kriegsschauplätzen nichts gewagt wurde. Die Holksche Armee mußte, abgesehen von der Episode eines vierzehntägigen, am 13. August angetretenen Plünderungszugs in die kursächsischen Lande, unbeweglich zusammenbleiben, um Böhmen gegen die verschiedensten Feinde zu decken, von denen keiner kam. Und nun gar der von Horn und Herzog Bernhard rastlos angegriffene bairische Kurfürst? Mit seiner alten Standhaftigkeit und Thatkraft, die, seitdem das Glück ihn verlassen, nur noch gewachsen war, hatte Maximilian es fertig gebracht, daß das oberländische, jetzt fast ausschließlich aus bairischen Mitteln aufzubringende Ligaheer wieder auf 6½ Regimenter zu Fuß und 13 Regimenter zu Pferde kam. Allein diese Zahl reichte nicht aus, um den Feind zu bestehen, und vollends, es fehlte, seitdem Tilly und Pappenheim gefallen waren, der geeignete Führer. Nach beiden Richtungen also bedurfte der Kurfürst der Aushilfe der kaiserlichen Armee. Nun gewährte ihm Wallenstein, wenn auch nur langsam und stückweise, den Zuzug kaiserlicher Truppen, die schließlich bis auf 19 sogenannte Regimenter stiegen, er ließ ihm auch in dem Feldmarschall Johann von Aldringen einen wohl bewährten General; aber eben den letztern band er an die strenge Weisung, sich in kein Treffen, keine Belagerung, überhaupt kein gewagtes Unternehmen einzulassen. Die bairisch-kaiserliche Armee war hierdurch angewiesen, den bald hier und bald dort vordringenden Angriffen des beweglichen Feindes in mühsamer Defensiv zu folgen. Vergeblich suchte Maximilian die ihm angelegte Fessel zu sprengen, indem er den Kaiser und Wallenstein selber mit Eingaben bestürmte, daß Aldringen seinem obersten Befehl untergeordnet werden möchte: er, der stolze Reichsfürst mußte sich dem Willen des

böhmischen Emporkömmlings fügen und die grausame Vergeltung seines in Regensburg über ihn gewonnenen Sieges durchkosten.

Fügen wir nun noch hinzu, daß im Elsaß und am Oberrhein der kaiserliche Feldmarschall Hannibal von Schauenburg dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld mit unzureichenden, jede Offensive ausschließenden Kräften gegenüberstand, daß in Norddeutschland der Herzog Georg mit der Eroberung von Hameln (13. Juli) einen erfolgreichen Angriff gegen die Weserlinie begann und während der Belagerung dem zum Entsatz heranziehenden Befehlshaber der kaiserlich-ligistischen Truppen, dem Grafen Maximilian von Gronsfeld, bei Oldendorf eine schwere Niederlage beibrachte (8. Juli), so liegt am Tage, daß die durch den Tod Gustav Adolfs verursachte schlimme Lage der Schweden und ihrer Verbündeten von den katholischen Gegnern nirgends ausgenutzt war. Für letztere war das Jahr 1633 eine Zeit tatenloser Defensiv.

Was war nun aber der tiefere Grund, der diese lahme Kriegsführung Wallensteins bewirkte? Der Schlüssel des Rätsels lag in jener kaiserlichen im April 1632 ausgestellten und jetzt entweder erneuerten oder fortwirkenden Vollmacht zur Vereinbarung eines Separatfriedens mit Sachsen. Auf dieses eine Ziel seine Gedanken heftend, hatte er schon vor der Eröffnung des Feldzugs seinen alten Vertrauten Arnim zur Wiederaufnahme der früheren Verhandlungen aufgefordert, und die erste Frucht dieser Bemühungen waren denn auch die Waffenstillstände vom Juni und vom August. — Wenn man nun erwägt, in welchem Maße der Abscheu des sächsischen Kurfürsten gegen den fortgehenden Krieg und den Geist, in dem Schweden ihn fortgehen ließ, zunahm, so wird man allerdings die Hoffnung, gerade ihn auf die Seite des Kaisers zurückzuführen, für wohl berechtigt halten —, aber doch nur unter der doppelten Voraussetzung, daß erstens dem Kurfürsten klare Friedensbedingungen, die er als genügend nicht nur für sich, sondern auch für die protestantischen Reichsstände insgesamt erkannte, geboten wurden, und daß zweitens er selber im Falle seines Uebertritts auf den vollen Schutz des Kaisers und auf den Beitritt seiner deutschen Glaubensgenossen rechnen durfte. Davon, ob er diese Voraussetzungen zu erfüllen vermochte, hing der Wert oder Unwert von Wallensteins Verhandlungen ab.

Verhängnisvoll war es da, daß der Kaiser in den beiden Kernfragen, der Aufhebung des Restitutionsediktes und der Rückgabe der auch in dem Jahrzehnt vor Erlaß desselben den protestantischen Reichsständen entzogenen Besitzungen und Rechte, sich noch immer nicht zum Nachgeben entschließen konnte, sondern mit halben, den Protestanten fast verächtlich erscheinenden Konzessionen durchzukommen hoffte. Dagegen nun hatte sich Wallenstein schon im vorigen Jahre aufzulehnen begonnen (S. 529), und jetzt vollends war er wesentlich weiter gekommen: er hatte sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, von der halben zur ganzen Auflehnung fortzuschreiten. In diesem Sinne lockte er seinen sächsischen Unterhändler nicht nur mit Friedensformeln, nach denen im Reich, also in den Beziehungen der Reichsstände unter einander und zum Kaiser, die kirchlichen wie die politischen Verhältnisse auf den Fuß von 1618 zurückgeführt werden sollten, er fügte auch den weiteren Vorschlag hinzu, daß Anordnung und Durchführung des Friedens

den Fürsten und Staatsmännern von den Generalen aus der Hand gerissen werden müsse. Seine Gedanken gingen auf eine plötzlich zu vollziehende Verbindung der kaiserlichen und der sächsisch-brandenburgischen Armee in Schlesien, deren Führer dann den Kaiser und den sächsischen Kurfürsten ihrem Friedensprogramm zu unterwerfen, die übrigen katholischen wie protestantischen Reichsstände zur Nachfolge zu nötigen und schließlich mit den geeinten Kräften des Reichs die fremden Eindringlinge aus Deutschland herauszuschlagen hatten.

Gewiß ein großartiger, von grenzenlosem Selbstvertrauen getragener Entwurf! Aber wurde dieses Vertrauen auch von den Widersachern geteilt, die Wallenstein zu sich herüberziehen wollte? Das Gegenteil zeigte schon die erste Verhandlung, die am 6. Juni mit einer Unterredung zwischen Wallenstein und Arnim eingeleitet wurde, und deutlicher noch eine zweite Verhandlung, die mit einer Besprechung der beiden Generale am 16. August begann.

Gleich der erste Gedanke Wallensteins, den Frieden durch die Feldherrn diktieren zu lassen, scheiterte in dem Augenblick, da er ausgesprochen wurde; denn der vorsichtige Arnim nahm die ihm gemachten Vorschläge nur entgegen, um sie seinen beiden Kriegsherrn, den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, vorzutragen. Bei diesen fand dann wie der erste, so auch der zweite Gedanke, die Deutschen von den Schweden zu trennen, durchaus keinen Anklang: der Brandenburger bestand rückhaltlos, der Sachse wenigstens einstweilen auf der Zustimmung Schwedens zu dem geplanten Frieden. Selbst die in Aussicht gestellte Trennung Wallensteins vom Kaiser hatte für den sächsischen Kurfürsten nichts Verlockendes; ihm schien nur ein solcher Friede verlässlich, der im klaren Auftrag des Kaisers geschlossen würde. Und nun gar der Inhalt der Friedensvorschläge! Zweideutig schon in den gewählten Ausdrücken, ließ die Wallensteinsche Restitutionsformel alle Fragen, wie sie auf die großen und kleinen Rechts- und Machtstreitigkeiten im einzelnen angewandt werden sollte, in beabsichtigter Ungewißheit. Da war es denn unmöglich, daß man trotz aller Konferenzen einander wirklich näher kam; ein breiter Strom von Mißtrauen und Furcht hielt die Unterhändler voneinander getrennt.

Aber darüber geschah es, daß jene Verschwörer, die ihr Augenmerk nicht auf das Reich, sondern auf die kaiserlichen Hauslande richteten und hier den Zustand herstellen wollten, der durch das Bündnis der böhmischen und österreichischen Lande von 1619, die Absetzung Ferdinands und die Wahl Friedrichs V. bezeichnet war, ebenfalls wieder ihren Zugang zu Wallenstein fanden. Der Anlaß ging auf Umwegen von rebellisch gesinnten, aber aus ihrem Vaterlande nicht vertriebenen Böhmen, auf geradem Wege von dem Grafen Thurn aus, und Wallenstein konnte auch jetzt, wie im Jahre 1631 (S. 525), der Versuchung, mit diesen Elementen in ein besonderes Spiel sich einzulassen, nicht widerstehen. Er begann die Intrigue, indem er in der Nacht vom 15. zum 16. Mai einen Sendling des Grafen Thurn empfing und sich alsbald in kühnen Vorschlägen zur Verwirklichung jener Ziele der böhmischen Malkontenten erging, ja die Hoffnung erweckte, daß er sich mit den Schweden, die er doch nach jener ersten Reihe von Projekten aus dem Reiche hinaustreiben wollte, verbünden und in diesem Bunde die böhmische Krone für sich selber gewinnen würde.

Aber wie er sich bei alledem wohl hütete, sich zu irgend etwas wirklich zu verpflichten, so hatten diese Verhandlungen in ihrem Fortgang nur ein greifbares Ergebnis: dem verschlagenen Arnim gelang es, sich nicht nur in die Mitwisserschaft, sondern auch in die Leitung derselben einzudrängen und damit wenigstens sich und seinen sächsischen Herrn gegen Ueberraschungen zu sichern. Andererseits der Mann, auf den alles ankam, nämlich Drenstierna, verharrte in abweisendem Mißtrauen; er hatte auf alle blendenden Projekte nur die eine kalte Antwort: Wallenstein möge den Ernst seiner Absichten durch Abfall vom Kaiser beweisen, dann werde Schweden bereit sein, ihn in die untertänige Masse seiner deutschen Verbündeten aufzunehmen. So lief denn diese zweite Reihe von Verhandlungen nur auf ein häßliches Spiel von Locken und Zurückweichen heraus, und nur weitschichtiger wurde sie, als einer der böhmischen Vertrauten Wallensteins, der in Dresden weilende Graf Wilhelm Kinsky, obendrein noch die Franzosen hineinzog, indem er im Mai 1633 dem französischen Gesandten Feuquières, und durch diesen der französischen Regierung die Bereitwilligkeit Wallensteins eröffnete, einen Pakt mit Frankreich zur Erkämpfung der böhmischen Krone zu schließen; denn hier ließ sich erst recht nicht erkennen, wie weit Kinsky in Wallensteins Auftrag oder im eigenen Namen sprach.

Ein Fortschritt in dem Sinne, daß die bisher getrennten zwei Reihen von Verhandlungen verbunden würden, schien endlich einmal auf einer am 25. und 26. September zwischen Wallenstein und Arnim gehaltenen Konferenz erfolgen zu sollen. Denn damals verlangte Arnim von Wallenstein eine klare Entscheidung zu Gunsten seiner Verbindung nicht nur mit Sachsen, sondern auch mit Schweden zugleich. Aber da antwortete Wallenstein, indem er auf seinen ursprünglichen Vorschlag der einseitigen Verbindung mit Sachsen und der Vertreibung der Schweden zurückfiel. Natürlich hatte dies den Bruch der Konferenz zur Folge, und da auf einmal schien Wallenstein den Weg einschlagen zu wollen, der allein zum Ziele zu führen versprach, nämlich den protestantischen Kurfürsten zu zeigen, daß der Kaiser stärker sei, als ihr schwedischer Bundesgenosse.

Arnim traf damals seine Anordnungen nach der Vermutung, daß Wallenstein seine Hauptmacht nach dem Reiche, und zwar zunächst gegen Sachsen wenden werde; demgemäß ließ er den Grafen Thurn mit seinen Schweden und einigen ihm beigegebenen Verstärkungen in einem befestigten Lager bei Steinau rechts und links der Oder zurück, indem er gleichzeitig die schlesischen Städte zum Teil räumte und mit stärkeren Besatzungen nur Glogau, Liegnitz, Brieg und den Dom zu Breslau versah; er selber mit seiner Hauptarmee schlug den Weg über Liegnitz (1. Oktober), Görlitz und Baugen nach Dresden ein, wo er am 13. Oktober eintraf. Aber umgekehrt war Wallenstein von der Annahme beherrscht, daß Arnim zwar nach Sachsen strebe, jedoch nur, um von dort in Böhmen einzubrechen. Darum ließ er den General Schaffgotsch zur Beobachtung Thurns zurück und folgte selber in ansehnlicher Entfernung dem sächsischen Heere. Als er indes eine Strecke über Goldberg hinaus gelangt war und bei Pilgramsdorf halt machte (5.—9. Oktober), änderte er seine Entschlüsse: zur weiteren Verfolgung Arnims nur noch einen Schwarm leichter

Kavallerie voranschickend, machte er selber kehrt gegen die Oder, um mit Schaffgotsch zusammen das Lager in Steinau zu überfallen. Die hier versammelten Truppen — 34 Infanterie- und 45 Kavalleriecompagnien, die Arnim wohl zu hoch auf 6000 Mann angab — waren durch Seuchen, Entbehrungen und Zuchtlosigkeit heruntergebracht und dazu von einem General von bewährter Kopflosigkeit geführt. So konnte denn Schaffgotsch in der Nacht vom 10.—11. Oktober ein paar Stunden unterhalb Steinau ungehindert auf das rechte Ufer der Oder übergehen und dann die ihm entgegenziehenden Reiter leichten Kampfes theils zersprengen, theils ins Lager zurücktreiben. Während aber hier die Mannschaft sich zu sammeln suchte, sah sie plötzlich am linken Ufer Wallenstein mit seiner Hauptarmee und reichlichem Geschütz anrücken. Da war kein anderer Rat als Ergebung, die denn auch am folgenden Tag (12. Oktober) erfolgte. Die Gemeinen lösten sich aus der Gefangenschaft durch Eintritt in Wallensteins Heer, Thurn rettete sich vor der Auslieferung an die kaiserliche Justiz durch den schimpflichen Befehl an die Festungskommandanten zur Uebergabe ihrer anvertrauten Plätze. Mit Ausnahme von Brieg, Oppeln und dem Dom zu Breslau wurde diese Uebergabe denn auch im Lauf der nächsten Tage durchgeführt.

Es war ein leichter Triumph; aber die Folgen desselben konnten unberechenbar groß werden. Da von den drei feldtichtigen schwedischen Heeren das eine unter Herzog Georg auf dem nordwestlichen Kriegsschauplatz, die beiden anderen unter Herzog Bernhard und Gustav Horn in Süddeutschland vom Feinde festgehalten waren, die übrigen Truppenabteilungen aber, welche in Pommern, im Stift Bremen, in Magdeburg-Halberstadt und Thüringen lagen, für eine kräftige Verwendung kaum in Betracht kamen, also in Wirklichkeit nur die jetzt mit außerordentlicher Beweglichkeit geführte, aber ganz unzureichende Armee Arnims, welche dieser bei Ausgang des Jahres auf nur noch 5000 Kampffähige angab, gegen Wallenstein aufzukommen hatte, so sahen die Schweden zwei gleich schreckhafte Möglichkeiten aufsteigen: entweder der kaiserliche Feldherr setzte seinen Siegeslauf bis nach Pommern fort, um ihnen die Ein- und Ausgangspforten des Reiches zu verschließen, oder er warf sich auf Sachsen und Brandenburg, um den Separatfrieden der beiden Kurfürsten mit dem Kaiser nunmehr zu erzwingen. Brachten doch auch die nächsten drei Wochen nach der Steinauer Niederlage die weiteren Schreckenskunden, wie ein von Wallenstein ausgesandtes Corps in das Brandenburgische eingedrungen war und die verwahrlosten Festungen Crossen, Frankfurt und Landsberg mit ebenso leichter Mühe einnahm, wie sie einst Gustav Adolf den Kaiserlichen entrisen hatte.

Aber Wallenstein bewährte abermals seine feierliche Langsamkeit. Von der Oder, an deren Ufer er bis in die Nähe von Crossen vorging, wandte er sich nach der Oberlausitz und nahm hier bis zum 7. November Görlitz und Bautzen ein. Da er inzwischen auch von der in Eger stehenden Armee (S. 559), deren Kommando nach dem plötzlichen Tode Holks dem zum Generalleutnant beförderten Grafen Gallas von ihm anvertraut war (16. September), den Hauptteil nach Leitmeritz gezogen hatte, so dachte er, mit der einen Hälfte dieser Truppen sich verstärkend, die andere zur Deckung Böhmens an dem Elbeeingang

zurücklassend, sich an dem rechten Ufer der Elbe gegen die sächsischen und brandenburgischen Lande vorzuschieben und so mit einem an der Oder gelassenen und dort abwärts marschierenden Corps zusammenzuwirken. Gleichzeitig aber war er, und zwar nach Anregungen, die bis auf einige Tage vor den Steinauer Ueberfall zurückreichten, wieder in die Verhandlungen mit Sachsen und Brandenburg eingetreten, so daß er, wie gewöhnlich, zwei Ziele verfolgte: entweder die Verhandlungen blieben erfolglos, dann sollte die Frucht der kriegerischen Bemühungen darin bestehen, daß die kaiserliche Armee ihre Winterlager in norddeutschen Feindeslanden, von den sächsisch-brandenburgischen Gebieten bis ins Thüringische und Magdeburg-Halberstädtische hinein, aufschlug; oder die beiden Kurfürsten vollzogen ihren Uebertritt zum Kaiser, dann löste Wallenstein noch in letzter Stunde seine Zusage ein und wandte sich mit seinen freigewordenen Kräften nach Oberdeutschland, um auch dort, wie er versprochen hatte, „allen Sachen zu helfen“ (S. 560).

Aber eben in Oberdeutschland hatte sein eigenwilliges Schalten die im eignen Lager befindlichen Gegner zum offenen Widerstand getrieben. Den Vortritt nahm dabei Kurfürst Maximilian von Baiern. Dessen Verhältnis zu Wallenstein hatte sich bereits im Sommer (Juli/August) wieder zu einer nur noch schwach verhüllten Feindschaft gewandt, teils auf Grund sachlicher Gegensätze, da Maximilian nunmehr bestimmt den Grundsatz verfocht, daß der Schauplatz auf dem die nächsten Entscheidungen fallen müßten, nicht in Norddeutschland, sondern in Oberdeutschland liege, teils auch aus persönlichen Motiven, da Maximilian es jetzt ohne Rücksicht aussprach, daß Wallenstein, der weder seinem Kriegsherrn zu gehorchen noch seine Armee zu führen verstehe, zum Kommando nicht geeignet sei.

Ein zweiter noch gefährlicherer Feind erwuchs dem Feldherrn in dem König Philipp IV. von Spanien.

Unablässig hatte die spanische Regierung seit 1625 das Ziel im Auge behalten, ihre Verbindung mit Kaiser und Liga in ein festes Bündnis umzuwandeln und so die beiden Kriege, die bisher in den Niederlanden und dem Reich nebeneinander hergingen, in einen einzigen gewaltigen Kampf zu verschmelzen. Im Jahre 1633 kam nun eine Reihe von Umständen zusammen, um sie in dieser Richtung zu einem neuen Vorstoß zu treiben: einmal die immer drohender sich erhebende Aussicht auf den Eintritt Frankreichs in den Krieg, sei es gegen Spanien allein, sei es gegen Spanien und den Kaiser zugleich, sodann der Glaube, daß Wallenstein im Dienste der spanischen Interessen stehe (S. 525), endlich eine Aenderung in der Regierung der Niederlande, welche einen geeigneten Vorwand darbot, spanische Truppen ins Reich zu führen. Mit dem Auftrag nämlich, die ihrem Ende entgegengehende Erzherzogin Isabella zu unterstützen und im Falle ihres Todes zu ersetzen, begab sich im April 1633 Philipps Bruder, der Kardinal-Infant Ferdinand, nach Mailand, von wo er dann mit einem neu aufzustellenden Heere durch Deutschland nach den Niederlanden ziehen sollte. Eben die hiermit zusammenhängenden Zurüstungen riefen nun das Projekt hervor, die aufzubringende Armee nicht nur zum Geleit des Infanten zu verwenden, sondern mit kaiserlicher Zulassung dauernd im Reich zusammen-

zuhalten, um vom Boden des Oberelsaß und der Franche-Comté die Schweden zu bekämpfen und die Franzosen im Zaum zu halten.

Im Mai wurde dieser Plan dem Kaiser und zugleich dem kaiserlichen Feldherrn, auf dessen Zusammenwirken mit dem spanischen Heer ja durchaus gerechnet wurde, vorgelegt. Aber fürs erste trat da den Spaniern ein allseitiger Widerstand entgegen: der Kaiser wies ihre Vorschläge aus Furcht vor der zu gewärtigenden Erbitterung der protestantischen Reichsstände und Frankreichs zurück; und vollends Wallenstein! wie hätte er, der eben an der Arbeit war, die protestantischen Kurfürsten zu gewinnen, gleichzeitig die ihnen über alles verhaßten Spanier ins Reich ziehen können! Wie konnte er das mit jenen Kurfürsten und den Schweden geführte zweideutige Spiel sich dadurch verderben, daß er die Spanier als Aufpasser an seine Seite nahm! und wie konnte er, der den Frieden erstrebte, eine Maßregel begünstigen, die den offenen Eintritt der Franzosen in den deutschen Krieg zur sicheren Folge haben mußte! So tat Wallenstein alles, um den Kaiser in seiner Ablehnung zu bestärken. Indes dieses Zusammengehen des Kaisers und seines Feldherrn sollte bald durch eine unvorhergesehene Wendung im Gang des Krieges gestört werden.

In Oberdeutschland gab es damals vier noch im katholischen Besitz befindliche Städte, die als Ausfallstore, Stützpunkte und Verbindungsglieder den kriegenden Parteien über alles wertvoll erschienen: am Rhein Philippsburg und Breisach, am Bodensee Konstanz und an der Donau Regensburg. Unter diesen erjah sich der schwedische General Horn, nachdem er sich von Herzog Bernhard seit dem zeitweiligen Zusammenwirken (S. 558/59) wieder getrennt, dann durch die meuterischen Bewegungen seiner Truppen (S. 555 f.) kostbare Zeit verloren hatte, die Stadt Konstanz zum Angriff aus. Am 28. August brach er von Donaunwörth auf, und am 8. September begann er die Belagerung. Schon vorher hatte jedoch auch die Bedrängung der rheinischen Plätze begonnen, und gerade sie wurde verstärkt in Folge eines der Zwischenfälle, an denen der Krieg damals so reich war. In den letzten Tagen des Juli nämlich war der rast- und treuloße Herzog Karl von Lothringen, um sich der Fesseln der französischen Verträge (S. 520, 542) zu entledigen, mit einem Heerhaufen, den er im Dienste des Kaisers zu führen vorgab, im Elsaß erschienen, getragen von der Hoffnung auf einen gleichzeitigen Losbruch des Herzogs von Orleans gegen Frankreich und auf das zeitige Eintreffen der Armee Ferias im Elsaß. Seinem Unternehmen wurde jedoch ein rasches Ende gemacht: am 11. August sprengte der Pfalzgraf Christian in einem Treffen bei Pfaffenhofen die lothringischen Truppen auseinander, und am 20. September mußte der Herzog mit dem persönlich gegen Nancy herangezogenen König Ludwig XIII. einen dritten Vertrag unterzeichnen, kraft dessen auch Nancy einer französischen Besatzung eingeräumt, und jegliche Kriegsrüstung des Herzogs, solange der deutsche Krieg dauere, an des französischen Königs Zustimmung gebunden wurde.

Infolge dieser Ereignisse wurden die beiden Rheinfestungen noch schutzloser, als sie es vorher schon waren. Philippsburg, das schon seit Juni von einer schwedischen Heeresabteilung belagert wurde, Breisach, das neuerdings, in

den ersten Tagen des Juli, vom Rheingrafen Otto und dem Markgrafen Philipp von Baden auf beiden Rheinseiten eingeschlossen wurde, schienen ihrem Fall schwer entgehen zu können. Eben die Gefährdung dieser letzteren Festung war es nun aber, was innerhalb der kaiserlichen Regierung eine außerordentliche Bewegung hervorrief. Breisach, so rechnete man, erhält allein die Verbindung der rechtsrheinischen vorderösterreichischen Lande mit dem österreichischen Oberelsaß und der spanischen Franche-Comté; in der Gewalt Schwedens würde es dem Bundesgenossen dieser Macht, nämlich Frankreich, in ähnlicher Weise als Ausfallstor gegen Oberschwaben und Baiern dienen, wie Philippsburg gegen den oberrheinischen und fränkischen Kreis. Die Frage des Entsatzes Breisachs war es daher, welche mit einemmal des Kaisers Haltung gegenüber der spanischen Zwischenkunft in ihr Gegenteil verkehrte: er ließ jetzt seine Hülferufe, wie an die kaiserlich-bairische Armee unter Aldringen, so auch an die Spanier ergehen.

Und diese Gesuche waren nicht vergeblich. Nachdem der Infant Ferdinand den Kaiser schon vorher dadurch seinen Wünschen günstiger gestimmt hatte, daß er als Aufgabe der nach Deutschland zu werfenden Truppen nur noch die Oeffnung und Sicherung seines Weges nach den Niederlanden vorwandte, also auf die dauernde Aufstellung eines Heeres auf dem Reichsboden verzichtete, erhielt jetzt der spanische Stolz die Genugthuung, daß der Kaiser den Infanten um die Sendung des Heeres ausdrücklich bat (30. Juli), wobei denn, da der Infant persönlich durch Krankheit und andere Hindernisse bis zum folgenden Jahr in Mailand zurückgehalten wurde, als Vorwand nicht seine Begleitung, sondern die Bereitung seiner Wege, als wahrer Zweck der Entsatz Breisachs und die weitere Verdrängung des Feindes aus der Nachbarschaft aufgestellt wurde. Am 10. September erschien demgemäß der Mailänder Statthalter, der Herzog Feria, an der Spitze von etwa 9000 Mann in Innsbruck. Er hatte einen Weg genommen, der an sich schon den alten Streit zwischen Frankreich und Spanien über das Veltlin wieder aufregte. Da nämlich die rätischen Bünde den Vertrag von Monzon als zu unvorteilhaft nicht angenommen hatten (S. 359), so war auch das Veltlin nicht unter ihre Herrschaft zurückgekehrt und dann abermals dem herrschenden Einfluß der spanisch-mailändischen Regierung verfallen. Das Veltlin gab sich daher bereitwillig als Durchzugsgebiet her, durch welches jetzt, wie auch im folgenden Jahr die spanischen Truppen ihren Weg über Bormio nach Tirol einschlugen.

Fürs erste sah Frankreich diesem und den folgenden Durchzügen widerstandslos zu, und da inzwischen auch der Kurfürst Maximilian seine Zustimmung dazu gegeben hatte, daß Aldringen zum Entsatz Breisachs mitwirke, so stießen beide Generale, der spanische und der bairisch-kaiserliche, am 29. September in Ravensburg zusammen und traten nun den Zug nach dem Rheine an. Nur einer setzte all diesen Maßregeln den hartnäckigsten Widerstand entgegen: das war Wallenstein. Er ging so weit, dem Infanten und dem Herzog Feria direkte Vorstellungen gegen den Einmarsch der Spanier zu machen, ja dem Feldmarschall Aldringen noch am 20. September den Befehl zu erteilen, daß er mit den Spaniern sich durchaus nicht einlasse. Natürlich wurde aber damit sein

früheres Verhältnis zu Spanien völlig umgekehrt; den Vertretern Philipps IV. am kaiserlichen Hofe erschien er nunmehr als verdeckter Feind. Und auch zum Kaiser trat er in ernstlichen Gegensatz. Ferdinand hatte nämlich, um weiteren Gegenzügen Wallensteins vorzubeugen, sich das unablässig wiederholte Verlangen des bairischen Kurfürsten, daß Aldringen ihm, Maximilian, unterstellt werde (S. 560), angeeignet und demgemäß Wallenstein zur Erfüllung desselben aufgefordert (1. und 10. August). Als Antwort darauf erfolgten neue Winkelzüge: dem Kaiser sprach Wallenstein seine Zustimmung aus, seinem Generalleutnant Gallas aber übertrug er gleichzeitig neben dem Kommando über die bei Eger stehende Armee (S. 564) den Oberbefehl über alle im Reich „hin und wieder sich befindenden“ kaiserlichen Truppen und wies Aldringen an ihn als ordentlichen Vorgesetzten (16., 19. September). Da griff endlich der Kaiser mit der unmittelbaren Ankündigung an Aldringen durch, daß er den Befehlen Maximilians ohne weitere Beschränkungen zu gehorchen habe (18. September). Aldringen aber, zwischen den Kaiser und den gefürchteten Feldherrn gestellt, nahm sich vor, beiden nach Möglichkeit dadurch zu genügen, daß er bei der übervorsichtigen, den Wagnissen der Schlacht oder einer größeren Belagerung ausweichenden Kriegsführung beharrte.

Ruhmvoll verlief unter solchen Umständen der Feldzug keineswegs. Allerdings mußte Horn die Belagerung von Konstanz aufheben, aber nur, um sich am folgenden Tag (4. Oktober) mit dem aus Franken herangezogenen Herzog Bernhard bei Stockach zu vereinigen. Und nun begann zwischen den feindlichen Heeren, die am 7. Oktober an der oberen Donau, zwischen Tuttlingen und Mößkirch, kurze Zeit einander gegenüberstanden, eine Reihe künstlicher, auf strategische Vorteile abgesehener Manöver; ihr Ergebnis war, daß Aldringen mit Feria in südwestlicher Richtung bei Waldshut die Rheinlinie gewann, dann den Weg in den Breisgau und Sundgau einschlug und am 20. Oktober in das glücklich entsetzte Breisach einzog, daß dagegen Horn sich nordwestlich ins Kinzigthal schlug, dann, über die Straßburger Rheinbrücke verfügend, weiteren Fortschritten des Feindes links und rechts des Rheines entgegentrat. Da aber erfolgte eine verhängnisvolle Wendung.

Vertrauend auf Verstärkungen, die seiner im Elsaß warteten, hatte Horn vor dem Abzug nach der Kinzig den Herzog Bernhard von seiner Armee losgelöst. Der Herzog zog nun zunächst hinter Aldringen her in der Richtung auf Schaffhausen, als ihn am 14. Oktober die unerwartete Mahnung Drensternas erreichte, dem Kurfürsten von Sachsen, der von Wallenstein nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Arnim schwer bedroht sei, durch eine Diversion Luft zu machen. Anfangs unschlüssig, ob er zu diesem Zweck gegen Baiern oder durch die Oberpfalz gegen Böhmen vorgehen solle, ließ er fürs erste seine Truppen die Donau abwärts marschieren, dann aber, nachdem er zur Verständigung mit Drensterna nach Frankfurt geeilt und des Zuzugs der jüngst verstärkten schwedischen Truppen aus dem Fränkischen versichert war, beschloß er, seinen Angriff gegen Regensburg zu richten, die Stadt, von der man viel unmittelbarer als von Donauwörth aus die bairischen Lande heimsuchen konnte, und von der man für den Einbruch in Oesterreich nur noch das wenig wider-

standsfähige Passau im Wege hatte. Obgleich das Heer, das er vereinigte, wohl nicht über 12000 Mann zählte, war er doch den in Baiern zurückgelassenen Truppen, die von dem tapferen Reiteroberst Johann von Werth geführt wurden, weit überlegen. Regensburg selbst war von etwa 1500 bairischen Söldnern verteidigt, die einst Maximilian der Reichsstadt aufgezwungen hatte (S. 534), die aber jetzt bei dem Umfang der Stadt und der feindlichen Gesinnung der Bürger zu einer nachhaltigen Verteidigung nicht ausreichten. So kam denn für Bernhard alles auf die Ueberraschung eines schlecht vorbereiteten Gegners an, und diese Aufgabe löste er glänzend: am 4. November stand er vor Regensburg, am 10. begann die eigentliche Beschießung, und am 14. wurde die Uebergabe erzwungen. Ein Streifzug ins Niederbairische, der über die Donau und bis zum unteren Lauf der Isar führte, setzte dann sofort die Bedeutung der gewonnenen Position ins rechte Licht.

Es gab nur einen, der diesen Angriff gegen Baiern seit drei Wochen vorausgesehen und deshalb unausgesetzt beim Kaiser, bei Wallenstein und bei Albringen nach Hülfe gerufen hatte: es war Maximilian von Baiern. Seine Meinung war, daß Albringen fürs erste nur ein paar tausend Reiter senden, übrigens mit seiner Hauptmacht die Streitkräfte Horns festhalten und sich zur Sicherung leistungsfähiger Winterquartiere in den benachbarten Feindeslanden von Baden und Württemberg ausbreiten sollte. Wallenstein dagegen sollte von seinen in Böhmen liegenden Truppen die entscheidende Hülfe leisten: wenn er ohne Säumen etwa 2000 Reiter und 3000 Mann zu Fuß gegen die Donau vorgehen lasse, so könne, meinte Maximilian, Regensburg und Baiern noch gerettet werden. Aber Wallenstein war eben mit seinen schwerfälligen Operationen gegen Sachsen und Brandenburg beschäftigt, und stets auf Deckung seiner eigenen Positionen bedacht, war er alsbald mit der Rechnung fertig, daß Herzog Bernhard nur zum Schein gegen Regensburg vorgehe, sein wahres Ziel aber ein Einbruch in Böhmen oder die Verbindung mit Arnim in Meissen sei. Gegen diese neue Gefahr erklärte er seine Kräfte an der Nordwestgrenze Böhmens zusammenhalten zu müssen, wie denn selbst eine Reiterabteilung unter dem Generalwachtmeister Strozzi, die er am 9. November zur Unterstützung der Baiern bestimmte, vorerst mit Arbeiten zur Sperrung der böhmischen Grenze beschäftigt wurde. Und so ging Regensburg, ohne daß ein Mann aus Wallensteins Armee zur Rettung erschienen wäre, verloren. Aber wie das Unglück geschehen war, trat mit einemmal in des Feldherrn Entschlüssen eine jähe Wendung ein.

Der Anlaß dazu scheint vom Kaiser gekommen zu sein. Auch der hatte nämlich mit steigender Dringlichkeit den Beistand für Maximilian verlangt, endlich aber, da alles nichts half, wie vorher in der Frage der Unterstellung Albringens unter Maximilian, durchgegriffen, indem er am 11. November dem Generalleutnant Gallas unmittelbar befahl, die Sendung eines ausreichenden Hilfscorps zu bewirken. War es nun der Zorn eines Mannes, der, weil ihm sein Wille nicht gethan wird, sein eigenes Werk zerstört, oder war es die Unfähigkeit, an zwei Stellen zugleich einzugreifen? — genug, am 16. November, als der Fall Regensburgs schon erfolgt, aber Wallenstein noch nicht bekannt

war, kündigte er plötzlich einen Zug nach dem Westen an: nicht Gallas, sondern er selber brach mit der gesamten bei ihm befindlichen Kavallerie und angeblich 6000 Mann zu Fuß quer durch Böhmen gegen Herzog Bernhard auf, dem Gallas aber, als seinem Stellvertreter, überließ er den Oberbefehl über die im östlichen Böhmen und Schlesien zurückbleibende Armee. Natürlich wurde damit die in Norddeutschland geplante Offensive aufgegeben; allein da, wo der Feldherr selber hineilte, schien doch noch eine größere Entscheidung bevorzustehen: er zweifelte nicht, so verkündete Wallenstein noch am 22. November, daß den Herzog von Weimar sein Zug nach Regensburg gereuen werde. Indes was geschah, als er am 26. November sein Hauptquartier in Pilsen aufgeschlagen hatte und dem Feinde wirklich nahe kam? Er wagte sich über den Böhmerwald bis zu dem bairischen Grenzstädtchen Furth. Wie er aber hier (1. Dezember) Rat hielt, ob er die benachbarte, vor zehn Tagen von den Schweden eroberte Stadt Cham wieder nehmen oder dem damals jenseits der Donau befindlichen Herzog Bernhard folgen sollte, wagte er weder das eine noch das andere und zog sich bald wieder, zufrieden damit, daß er die Besatzungen in Passau und Oberösterreich verstärkt und dem bairischen Obersten Werth jene kleine Reiterabteilung unter Strozzi zur Abwehr der Fortschritte Bernhards beigegeben hatte, in die sichere Stellung bei Pilsen zurück. Fortan ließ er sich weder durch das erneute Drängen Maximilians noch durch den gebieterischen Befehl des Kaisers zu einem nochmaligen Vorgehen bestimmen.

Dieser eine Fehlschlag war nicht der einzige. Um dieselbe Zeit waren auch Aldringen und Feria aus der Stellung, die sie nördlich von Freiburg und Breisach dem Feldmarschall Horn gegenüber einnahmen, verdrängt. Letzterer, um ihnen die beabsichtigte Ausbreitung nach Württemberg unmöglich zu machen, war unversehens am 19. November über den Schwarzwald nach dem württembergischen Städtchen Balingen abgescwenkt. Da war es denn die Sorge, daß sie von der Donaulinie abgeschnitten und in den ausgefogenen Gebieten des Breisgaus und Oberelsaß eingesperrt werden möchten, welche Aldringen und Feria auf dem kürzeren Wege von Freiburg über Neustadt zur Donau trieb, mit dem Vorsatz, nun weiter abwärts zwischen Ulm und Donauwörth, rechts und links der Donau, die Winterquartiere zu suchen. Aber da traf sie weiteres Mißgeschick. Wallenstein, auf dessen Anzug gegen die Donau auch sie rechneten, kam nicht; ihre eigene Armee war durch Hunger und Seuchen furchtbar gelichtet und entkräftet, Horn aber, im Bewußtsein der Ueberlegenheit und bereit, auf günstigem Boden eine Schlacht zu liefern, folgte ihnen auf dem Fuße nach. Um jetzt nicht an der Donau zwischen Horn und Herzog Bernhard zu geraten, bogen die beiden Feldherrn vor Ulm in südöstlicher Richtung ab nach Schwaben und Oberbaiern. Erst in Perchting, zwischen Ammer- und Würmsee, fand Aldringen am 22. Dezember eine längere Rast, während Feria sich todkrank in Starnberg niederlegte und am 11. Januar 1634 verschied.

Nun aber kam noch, als bitterer Schlußakt, die Frage der Winterquartiere. Noch im August hatte Wallenstein die ihm schon damals drohende Entziehung des kaiserlichen Vertrauens unter anderem dadurch abgewandt, daß er die Verlegung der Winterquartiere in Feindesland neuerdings zusicherte, wie er denn

auch nach seinen bald gegen Norddeutschland, bald gegen Süddeutschland gerichteten Entwürfen für seine Quartiere nebeneinander das Herzogtum Württemberg und die Lande von der Lausitz bis nach Thüringen bestimmt hatte. Allein jetzt war, abgesehen von dem Gebiet zwischen dem oberen Lech und der Iller und von da nach dem Bodensee hin, nur das Freundesland, d. h. vornehmlich die bairischen und österreichischen Lande verfügbar. Jetzt also sollten der Kaiser und Maximilian neben allem anderen auch noch die furchtbare Last der Winterquartiere ihren Unterthanen aufbürden. Von Albringen wurde das flehentlich erbeten, von Wallenstein kurz, als ob er nichts zu entschuldigen hätte, vom Kaiser verlangt. Und nach vergeblichem Sträuben und verdrießlichen Verhandlungen blieb denn auch nichts übrig, als daß Maximilian die bairischen und den Rest der spanischen, Ferdinand die kaiserlichen Truppen in seine Lande verteilte. Aber auch damit war des Unglücks kein Ende. Vor Ausgang des Winters trieb Horn die kaiserlichen Besatzungen aus den meisten in Oberschwaben noch festgehaltenen Plätzen heraus, und in den elsässisch-oberrheinischen Gebieten, wo der Rheingraf Otto Ludwig den protestantischen Bundestruppen wieder die Oberhand verschaffte, mußte sich ihnen im Januar 1634 die Stadt Philippsburg ergeben.

Auch im westlichen Norddeutschland schloß das Jahr 1633 übel ab. Herzog Georg fügte zu der Einnahme von Hameln (S. 561) am 12. September die von Stadt und Stift Osnabrück hinzu, und der zuverlässigste unter den fürstlichen Bundesgenossen Schwedens, der Landgraf Wilhelm von Hessen, der sich, nicht zufrieden mit dem Heilbronner Bund, am 27. Mai durch ein Sonderbündnis noch besonders an Schweden gefesselt und der fremden Macht dabei auch ihre Befriedigung mit Reichslanden verbürgt hatte, konnte nunmehr auf Grund der Schenkung Gustav Adolfs (S. 509) von den eroberten Stiftern Fulda, Corvey und Paderborn in aller Form Besitz ergreifen (Juni-August).

Daß man bei solchen Niederlagen im kaiserlichen Lager nach dem Schuldigen suchte, verstand sich von selbst, und selbstverständlich war es nach allem, was vorgegangen war, daß nicht nur Maximilian und die spanischen Gesandten, sondern auch der Kaiser den Schuldigen in der Person Wallensteins erkannten. Besonders des Kaisers Unzufriedenheit mit Wallensteins Kriegführung hatte ihren Höhepunkt erreicht, als jene Konflikte über die Bekämpfung Weimars und über die Winterquartiere ausbrachen. Gleichzeitig hatte sich ein nicht minder tiefes Mißvergnügen über Wallensteins politisches Verhalten eingestellt. Wallenstein hatte den Kaiser über seine Unterhandlungen mit den Feinden durch die Vorpiegelung zu beruhigen gesucht, daß er in der entscheidenden Frage der Rückführung der kirchlichen und politischen Verhältnisse auf einen früheren Stand nicht über die bisher vom Kaiser in Aussicht gestellten Zugeständnisse hinausgegangen sei; aber nun waren seit Juli und August am bairischen und am kaiserlichen Hof Berichte eingekommen, in denen der verräterische Inhalt dieser Verhandlungen nicht nur offen gelegt, sondern auch übertrieben war. Da sie Glauben fanden, so gesellte sich am kaiserlichen Hof zu der Verurteilung von Wallensteins Kriegführung die Furcht vor seinem Verrat. Wie aber sollte man da zu einem anderen Schluß kommen, als daß ihm der Oberbefehl entzogen werden

müsse? Zu diesem Schluß gelangte in der That der Graf Schlick, das Haupt der Kriegsverwaltung, und, wenn auch zögernd, der Fürst Eggenberg, das Haupt der gesamten Regierung. Wie dann vollends — es war in den letzten Tagen des Jahres — der Kurfürst Maximilian es gegen seine Gewohnheit übernahm, den Absetzungsantrag durch seinen Gesandten offen vor dem Kaiser zu vertreten, da faßte auch Ferdinand den Entschluß, sich von dem Feldherrn zu befreien. Aber indem er ihn faßte, hatte er auch schon mit der Gegenwehr Wallensteins zu rechnen.

Für Wallenstein war die Ungnade, in die er gefallen war, kein Geheimnis. Er sah sich dadurch vor die Wahl gestellt, ob er sich einer gewiß nicht ehrenvollen Absetzung, vielleicht auch einer gefährlichen Rechenschaft unterwerfen, oder unter den in seinen Unterhandlungen mit den Feinden eröffneten Wegen den zweiten, der auf einen Pakt mit allen Feinden des Kaisers und auf die Zerstümmung der österreichischen Macht hinauslief, einschlagen sollte. Und da war es nun sein durch dreijährige perfide Umtriebe vorbereitetes Verhängnis, daß seine Wahl auf diesen zweiten Weg fiel. Zum Ziel sollten ihn dabei führen: einmal die jetzt untereinander zu verbindenden und zum Abschluß zu treibenden Verhandlungen mit Schweden und Frankreich, mit Sachsen und Brandenburg, sodann die durch gemeinsame Interessen verbürgte Ergebenheit der Armee. Aber indem er sich nach beiden Seiten ans Werk machte, war es wieder ein anderes Verhängnis, das ihn verfolgte: die Zweideutigkeit, die er nicht abzulegen, das Zaudern, das er nicht zu überwinden vermochte.

Am 26. Dezember hatte er, als Mittelsmann für seine an Schweden, Frankreich und Sachsen zu richtenden Anträge, den Grafen Wilhelm Rinsky, für die noch besonders an Sachsen und Brandenburg zu überbringenden Vorschläge den Herzog Franz Albert von Lauenburg — diesen statt des unabhkömmlichen Arnim — zu sich eingeladen, worauf denn auch der erstere am 8., der andere am 20. Januar im Lager zu Pilsen erschien. Auf Grund der ihnen hier zuteil werdenden Eröffnungen konnten alsbald beide an all die genannten Mächte ihre persönliche Ueberzeugung berichten, daß der erbitterte Feldherr bereit sei, sich zu gemeinsamer Aktion gegen den Kaiser mit ihnen zu verbünden; aber greifbare Vorschläge, bei denen Wallenstein festgehalten werden konnte, vermochten sie auch jetzt nicht vorzulegen. So war es denn nur eine Macht, die ihr Mißtrauen so weit überwand, daß sie bestimmte Verpflichtungen und Gegenverpflichtungen, auf die ein Vertrag zu gründen sei, formulierte: nämlich Frankreich. Am 1. Februar ließ Richelieu für den Gesandten Feuquières eine Instruktion abfassen, in welcher er in seiner methodischen Art die beiden Möglichkeiten, daß Wallenstein sich offen gegen den Kaiser erkläre, oder daß er dieser Erklärung ausweiche, unterschied. Im ersteren Fall und unter der Voraussetzung, daß Wallenstein alsdann mit 14—15 000 Mann die Lande des Kaisers angreifen werde, war Frankreich erbötig, ihm jährlich eine Million Livres zu zahlen und an Herrschaften im Reich ihm ebensoviel zu verbürgen, wie er früher dort besessen hatte. Mündlich durfte Feuquières ihm auch für den Fall treuen Zusammenhaltens mit Frankreich den Erwerb weiterer Würden und Lande versprechen und nötigenfalls sogar anerkennen, daß dieser Erwerb womöglich im

Königreich Böhmen bestehen solle, nur daß er eine schriftliche Verpflichtung in dieser Beziehung zu vermeiden hatte. — Zu einer wirklichen Verhandlung über diese Anerbietungen ist es indes gar nicht gekommen, da der Agent, den Feuquière's statt seiner an Wallenstein abschickte, ihn nicht mehr unter den Lebenden fand.

Mit festerer Hand, als diese auswärtigen Beziehungen, schien Wallenstein anfänglich sein Verhältnis zur Armee anzufassen. Zustatten kam ihm hier einerseits die Verflechtung seiner Interessen mit denen der Regimentsobersten, da deren große Vorschüsse gutenteils auf seine persönliche Bürgschaft gestellt waren (S. 558), andererseits die den Offizieren vielfach beigebrachte Meinung, daß die Schuld an der launenhaften Kriegsführung, der Erschwerung der Winterquartiere und den unaufhörlich anschwellenden Soldrückständen auf den Kaiser falle. Gerade damals wurde die aus dieser Auffassung entspringende Erbitterung verstärkt, da nach dem eben erfolgten Tode der Infantin Isabella (3. Dezember 1633) die spanische Regierung darauf drang, daß der Infant Ferdinand seine Reise nach Brüssel ohne weiteren Aufschub mitten im Winter antreten und dabei von einer starken Kavallerieabteilung Wallensteins geleitet werden sollte: eine Zumutung, die am 5. Januar 1634 mit kaiserlicher Befürwortung dem Feldherrn vorgetragen und von ihm verworfen wurde. Da schien sich denn ein einfaches Mittel zu bieten, die längst gesammelte Erregung zum Ausbruche zu bringen, nämlich die in ihren Wirkungen schon früher erprobte Drohung des Rücktritts vom Kommando. Um diesen Kunstgriff ins Werk zu setzen, versammelte Wallenstein in der ersten Hälfte des Januar 1634 neunundvierzig Regimentsführer, darunter neun Angehörige der Generalität, in seinem Hauptquartier zu Pilsen. Als Werkzeuge dienten ihm zwei Vertraute, nämlich der schon genannte Graf Trzka (S. 558), der ihm von Anfang an in seinen strafbaren Verhandlungen als Werkzeug gedient hatte, und der Feldmarschall Christian Flow, dessen Künste in der Verhezung der Befehlshaber Wallenstein früher getabelt hatte und jetzt für seine Zwecke gebrauchte. Vor die versammelten Offiziere traten diese beiden Männer mit der Eröffnung, daß der Feldherr zurückzutreten entschlossen sei; als dann die Offiziere darüber in lärmende Aufregung gerieten, waren sie bei der Hand, zwischen ihnen und dem Feldherrn einen Ausgleich zu vermitteln, kraft dessen Wallenstein sein vorläufiges Verbleiben im Amt bewilligte, aber nur gegen eine von sämtlichen Offizieren unterzeichnete Verpflichtung, des Inhalts, daß er, der Feldherr, seinen Posten nicht ohne Zustimmung der Offiziere verlassen, diese aber bei Eidespflicht zu ihm halten, alles bis zum letzten Blutstropfen für ihn einsetzen und einen Abfall von dieser Pflicht an Leben und Gut des Abtrünnigen rächen würden (12. Januar).

Dieser Gegenschlag Wallensteins wurde nun aber sofort der kaiserlichen Regierung kund, und sofort sah diese in dem „Pilsener Revers“ das, was er im Sinn seiner Urheber auch war, nämlich eine Verschwörung der Offiziere, um die Stellung des Generals seinem Kriegsherrn gegenüber unangreifbar zu machen. Damit trat neben der Absetzung Wallensteins als zweite Aufgabe seine Bestrafung an sie heran, und in diesem Sinne wurde jetzt, am 24. Januar, der erste entscheidende Schlag geführt: in einem an alle Offiziere gerichteten Patent verkündete

der Kaiser die Absetzung des Feldherrn und behielt sich gegen ihn, wie gegen Trzka und Flow, die Bestrafung vor. Aber veröffentlicht wurde der Erlaß fürs erste noch nicht; vorher wollte man erproben, wie weit der Pilsener Revers den von den Urhebern verfolgten Zweck wirklich erreicht hatte, vor allem ob drei Männer im Geiste desselben zu handeln geneigt waren: der Generalleutnant Gallas, der im Kommando auf Wallenstein folgte, daher auch kraft jenes kaiserlichen Absetzungspatentes vorläufig an dessen Stelle zu treten hatte, der Feldmarschall Aldringen, der noch immer sein voriges gemischtes Kommando führte, der Generalwachtmeister Ottavio Piccolomini, den Wallenstein Mitte Januar von Pilsen aus zur Uebernahme des Befehls über die Truppen in Passau und Oberösterreich abfertigte. Aber gerade diese hatten in Wahrheit ihre Entscheidung schon vorher getroffen. Aldringen und wahrscheinlich auch Gallas und Piccolomini hatten sich seit den letzten Monaten mit Unzufriedenheit und Argwohn gegen Wallensteins Kriegführung und Politik erfüllt; als daher der Kaiser den beiden ersteren seinen bei Ablauf des Jahres 1633 im allgemeinen gefaßten Entschluß der Absetzung Wallensteins sofort im Vertrauen eröffnete, hatte er die Freude, daß sich ihm beide und mit ihnen der von Gallas herangezogene Piccolomini ohne Zögern zur Verfügung stellten, zunächst freilich ohne mit Wallenstein zu brechen, in der Hoffnung vielmehr, daß er sich gütlich zur Abdankung werde bestimmen lassen, wie denn auch Piccolomini, um sein Vertrauen nicht zu verscherzen, sich bei seiner Anwesenheit in Pilsen zur Unterzeichnung des verhängnisvollen Reverses herbeiließ.

Aber nun eilte am 31. Januar zu Piccolomini, der sich des ihm übergebenen Kommandos wegen in Linz befand, ferner zu Aldringen, der in Passau weilte, ein Bote des Kaisers und übergab beiden jenes kaiserliche Patent vom 24. Januar; gleichzeitig erhielt Piccolomini seine Beförderung zum Feldmarschall, daneben aber einen höchst gefährlichen Auftrag: er sollte in Pilsen die Wallenstein umgebenden Offiziere durch Vorlage des kaiserlichen Befehls von ihrem General losreißen und dann diesen selbst, als notorischen Rebellen, gefangen nehmen oder im Falle des Widerstandes töten. Gehorsam diesem Befehl und im Bewußtsein, daß er sein Leben aufs Spiel setze, stellte sich darauf Piccolomini um den 11. Februar zum zweitenmal in Pilsen ein. Hier konnte er sich mit dem zeitweilig von Wallenstein dorthin beschiedenen Gallas bereden, und die Frucht dieser Unterredung war, daß Gallas, als nunmehriger Höchstkommandierender, vor seiner Abreise, die am 13. Februar erfolgte, einen Befehl an die Regimentsobersten hinterließ, durch den sie nochmals zur Losjagung von Wallenstein aufgefordert und an die Befehle von Gallas, Aldringen und Piccolomini gewiesen wurden. Indes diese Befehle gleich zu übergeben, durfte Piccolomini doch noch nicht wagen; er kehrte unverrichteter Dinge zurück, und die drei Generale mußten nun die Regimentsobersten durch Mitteilung des kaiserlichen Patentes einzeln zu gewinnen suchen. Damit aber kamen sie desto rascher zum Ziel. Im Lauf des Monats Februar erklärten fast alle Regimentsführer und höheren Befehlshaber in Böhmen und Oesterreich ihre Ergebenheit gegen den Kaiser, sogar die Oberstleutnants der fünf Kavallerieregimenter des Grafen Trzka folgten dem allgemeinen

Strom und wurden dafür zu Obersten an die Stelle ihres bisherigen Vorgesetzten befördert.

Gallas war inzwischen von Pilsen nicht zurück nach Schlesien, sondern vorwärts nach Linz geeilt. Wie er nun von hier aus das Werk der Vereinigung der getreuen Regimenter leitete, bildete er bald von Prag bis Budweis eine Linie von Truppen, die in unwiderstehlichem Vormarsch das Pilsener Hauptquartier überwältigen sollten. Daneben gingen auch wieder vom Kaiser am 18. Februar zwei neue Erlasse aus: der eine, an die Truppenführer und an hohe Behörden einzeln gerichtet, untersagte ausdrücklich den Gehorsam gegen Wallenstein, Trzka und Slow und wies die Obersten neben Gallas an Aldringen, Marradas, Piccolomini und Suys für Böhmen und Oesterreich, an Colloredo, Hatfeld und Göz für Schlesien und Mähren; der andere, an die gesamte Armee, Offiziere wie Gemeine, gerichtet und zur öffentlichen Verkündigung bestimmt, bezichtigte Wallenstein der Verschwörung zum Sturz des Kaisers und seines Hauses und gab den gleichen Wechsel des Oberbefehls kund.

Was that nun Wallenstein gegen das unerbittlich herannahende Geschick? Unter fortschreitendem Alter, gequält von seinem alten Leiden, der Sicht, ging er sichtlich in seinen Kräften zurück; neben der Fähigkeit raschen Handelns, die er nie besessen hatte, ließ er jetzt auch die innere Sicherheit vermissen. In dem Gefühl, daß die Anhänglichkeit seiner Armee wankte, berief er nochmals seine hohen Offiziere auf Mitte Februar nach Pilsen, um die Verpflichtung vom 12. Januar zu erneuern. Aber wie sich nur etwa dreißig einstellten, und der Mehrzahl sichtlich schon vor den Folgen jenes ersten Reverses graute, suchte Wallenstein sie zugleich zu beschwichtigen und festzuhalten, indem er dem Revers die Klausel zusetzen ließ, daß die Verpflichtung in dem Augenblick aufhöre, da des Feldherrn Vorgehen sich gegen den Kaiser und die Religion richte (20. Februar). In dieser Form wurde die Urkunde unterzeichnet, aber eigentlich entkräftet.

Daneben griff er wieder zu dem alten Doppelspiel. Mit dem kaiserlichen Hof versuchte er, wenn auch vergeblich, über einen ehrenvollen und vorteilhaften Rücktritt zu verhandeln, zugleich aber, am 19. Februar, fertigte er jenen Herzog Franz Albert von Lauenburg, der im Auftrag des Kurfürsten von Sachsen zu ihm gekommen war, an den Herzog Bernhard von Weimar ab, mit dem Gesuch, ihm zur Unterstützung seiner bevorstehenden Waffenerhebung gegen den Kaiser eine Kavallerieabteilung an die oberpfälzisch-böhmische Grenze entgegenzusenden, und um eine ähnliche Truppenendung an den Saum von Meissen und Böhmen ließ er brieflich den General Arnim ersuchen; endlich, obgleich doch das Bündnis mit Schweden und Sachsen noch gar nicht fertig war, richtete er an die eigenen Regimenter in Böhmen den Befehl, zu einer großen Konzentration nach Prag auszurücken, ja er bestimmte auch schon den Tag für seinen eigenen Abgang: es sollte der 22. Februar sein.

Da aber, am Abend des 21. Februar, traf ihn eine Nachricht, die ihm zeigte, daß seine Sache verloren war: der Feldmarschallleutnant Suys, einer von denen, an welche die von Wallenstein abkommandierten Truppen gewiesen waren, hatte sich in Prag am 20. eingefunden und alsbald bei den anwesenden

Regimentern die Versicherung der Treue gegen den Kaiser empfangen; entweder sofort, oder doch spätestens am 22. ließ er auch jenes geschärste kaiserliche Patent vom 24. Januar öffentlich kundmachen. Da kam denn für Wallenstein die Zeit der letzten verzweifelten Gegenwehr. Am 22. Februar brach er von Pilsen statt nach Prag nach Eger auf, von wo er nach Franken hin dem Herzog Bernhard, nach Sachsen dem Arnim die Hand zu bieten hoffte. Vor und nach dem Aufbruch ließ er zugleich an Herzog Bernhard durch Flow seine letzten Hülferufe ergehen: der Bruch mit dem Kaiser sei vollzogen; der Herzog möge mit einem Truppcorps ihm schleunigst nach Eger entgegenziehen. Auf diese Botschaft bedachte sich Bernhard einige Tage lang, ob nicht alles eine Kriegslist sei; dann, am 26. Februar, machte er sich auf, um, sei es zur Verbindung mit Wallenstein, sei es zur Abwehr eines hinterlistigen Schlags, von Regensburg nach Eger zu ziehen: wenn, so rechnete er, Wallensteins Anerbieten ernsthaft ist, so wird er die noch in seiner Gewalt befindlichen Truppen und Pläze der Krone Schweden übergeben müssen und dafür in seinen persönlichen Ansprüchen deren Beistand zur Erlangung einer gewissen Befriedigung erhalten. Was war aber, so fragt man, der Sinn dieser Rechnung? Für Wallenstein doch nur die Aussicht auf das Los eines entehrten Ueberläufers, der bei einem wenig großmütigen Feinde eine Unterkunft finden mochte? Da war es in der That ein Glück für seinen Nachruhm, daß in jenen selben Tagen sich sein Geschick in ergreifenderer Weise vollendete.

Von Pilsen aus hatte der Feldherr außer seiner Leibcompagnie nur noch fünf Compagnien von dem Kavallerieregiment des Herzogs Heinrich Julius von Lauenburg, zwei Compagnien von dem Fußregiment desselben und fünf Compagnien von einem Fußregiment des Grafen Trzka mitführen können. Als er am 24. Februar nachmittags, begleitet von Trzka, Flow, Kinsky und seinem Rittmeister und Bizkanzler Niemann, in Eger eintraf, hatten jene Reitercompagnien auf Anordnung ihres Herzogs ihn bereits verlassen, dagegen hatte er das auf dem Wege getroffene Dragonerregiment des Irländers Butler mit sich geführt und fand in Eger selbst, als Besatzung der Stadt, ein weiteres Infanterieregiment Trzkas vor, das von dessen Oberstleutnant, dem Schotten Gordon, befehligt wurde. Beide Männer, der katholische Irländer und der calvinische Schotte, die als dritten den Oberstwachmeister Gordons, namens Lesley, in ihr Vertrauen zogen, sollten ihm zum Verderben werden. Sie hatten einen Einblick in Wallensteins rebellische Absichten gewonnen und waren sofort entschlossen, sich nicht daran zu beteiligen. Aber sollten sie den Verrat auch gewaltsam hindern? und wenn ja, war dann nicht die Ermordung Wallensteins und seiner Vertrauten das einzige zum Ziel führende Mittel? Darüber beriethen sie am Abend des 24. bis zum folgenden Morgen; als da aber ein blinder Lärm erscholl, daß Arnim schon bis auf zwei Meilen herangekommen sei, fiel die Entscheidung für die blutige That. Ein Gelage, zu dem Gordon die genannten vier Vertrauten Wallensteins auf den Abend des 25. Februar einlud, mußte die Gelegenheit zur Ausführung geben. Mitten in dem Jubel der Festschergenossen drangen plötzlich von Butler bestellte Dragoner in den Saal, fielen über die vier Offiziere her und machten sie nieder. Von da ließ Butler seine Leute unter dem Oberstwachmeister Geraldine und dem Hauptmann Deveroux nach dem Stadthaus, in dem sich Wallen-

stein zur Ruhe gelegt hatte, stürmen, und hier war es Deveroux, der an der Spitze der Mordgesellen dem gefürchteten Feldherrn mit einer Partisane den Todesstoß versetzte.

Erstaunlich war die Leichtigkeit, mit der sich die Greuelthat vollzog: keine Hand erhob sich, um den Feldherrn zu schützen oder zu rächen, und der einzige Versuch einer Erhebung, den der General Schaffgotsch in Schlesien machte, wurde alsbald unterdrückt und brachte den Urheber aufs Blutgerüst. Aller Welt wurde damit kund, daß der Schöpfer der kaiserlichen Armee, dieser prahlerische und despotische Feldherr, dieser eigennützig und zweideutige Staatsmann, weder Anhänglichkeit an seine Person, noch Zustimmung zu seinen Zwecken gewonnen hatte. Und wie lautete vollends das sittliche Urtheil über die Bluttat? In den Kreisen des Kaisers, seiner Diener und Verbündeten kam kein Zweifel daran auf, daß die Mörder kraft eines unerbittlichen Notrechtes gehandelt hätten und des Lohnes würdig seien. So konnte man denn auch, ohne über Recht oder Unrecht lange Erörterungen anzustellen, sich alsbald der unmittelbar drängenden Aufgabe widmen, durch die That zu beweisen, daß die Armee unter kräftiger Führung der Sache des Kaisers emporzuhelfen vermöchte. Hierzu waren die Vorbereitungen schon in vollem Gange. Der Oberbefehl wurde, entsprechend einem Plan, den man schon vor Wallensteins zweiter Ernennung ins Auge gefaßt hatte (S. 525), dem jungen König Ferdinand III., unter Verweisung desselben auf den Rat und die Oberleitung des Generalleutnants Gallas, übergeben. Am 27. April wurde seine Ernennung den Obersten kundgetan. Die Armee suchte man zugleich durch Abschlagszahlungen zufrieden zu stellen und die Ergänzung ihrer Regimenter nach Kräften zu fördern, vor allem aber, es wurde der Feldzugsplan, wie es Maximilian seit Monaten verlangt hatte, jetzt dahin festgestellt, daß die Hauptmacht auf den süddeutschen Kriegsschauplatz zu werfen sei: hier, so rechnete man, kann man die vornehmsten Kräfte des Feindes mit einemmale treffen, einerseits nämlich die Organisation des Heilbronner Bundes, andererseits die Heere Gustav Horns und Herzog Bernhards; hier vor allem sah man auch die schwachen Seiten des Feindes hervortreten, nämlich die Zwietracht und Ohnmacht der verbündeten Stände, die Entfernung der schwedischen Streitkräfte von dem Boden ihrer Kraft; hier endlich konnte eine Vereinigung verschiedener Streitkräfte erzielt werden, wie sie seit den Zeiten des böhmisch-pfälzischen Krieges dem Kaiser kaum zu statten gekommen war. Denn nicht nur daß der Kurfürst von Baiern selbstverständlich bereit war, seine Armee mit der des Kaisers zu verbinden, es stand jetzt auch für den Sommer der An- und Durchzug des Infanten Ferdinand mit einer ansehnlichen Armee in sicherer Aussicht, und am 6. April bereits erteilte der spanische Prinz auf ein vom spanischen Gesandten Dñate übermitteltes Gesuch den Bescheid, daß er bei Gelegenheit des Durchzugs, und soweit es seine eigentliche Aufgabe gestatte, bereit sei, sich mit der kaiserlichen Armee zu einer gemeinsamen Aktion zu verbinden, wenn nur von kaiserlicher Seite ihm der Weg ins Reich gesichert werde.

Ueber diesen kriegerischen Zurüstungen vergaß man auch nicht die mit Kurpfalzen angeknüpften Friedensverhandlungen: wie früher Wallenstein, so erhielt jetzt Ferdinand III. Vollmacht zur Fortführung derselben, und schon im März

konnte dieser an Johann Georg die Einladung zu einer in Leitmeritz zu haltenden Friedenskonferenz ergehen lassen. Mit Genugthuung bemerkte man, daß die Neigung des Kurfürsten zu einer wenigstens vorläufigen, den Bundesgenossen nicht vorgreifenden Verständigung durch Wallensteins Beseitigung durchaus nicht vermindert, daß vielmehr sein Vertrauen zu der Ehrlichkeit der gemachten Anerbietungen eher gestärkt war. Aber freilich, bis diese Konferenz eröffnet werden konnte, kam der Juni heran, und bis man vollends über die Bedingungen, auf die ein Friede geschlossen werden sollte, einander näher kam, mußte erst noch das Verhältnis der kriegerischen Kräfte klarer ins Licht gesetzt werden. Den Vortritt hatten also die Waffen.

In Pilsen, dem Ort, wo Wallensteins Hauptquartier aufgeschlagen war, wurde am 22. Mai die kaiserliche Armee gemustert. Der im Feld verwendbare Teil zählte zwanzig Regimenter zu Fuß und achtzehn zu Pferde, dazu Dragoner und leichte Kavallerie. Hiervon wurde der kleinere Teil nach Schlessien geschickt, der größere Teil, etwa 25 000 Mann, nahm den Weg auf die Donau zu, wo die von Albringen geführte bairische Armee — sieben sehr schwache Infanterie- und neun ebenfalls schwache Kavallerieregimenter — die Kaiserlichen bei Straubing erwartete. In der letzten Woche des Monats Mai vereinigten sich beide Heere bei Donaustauf und setzten sich nun als erstes Ziel die Wiedergewinnung Regensburgs.

In diesen spannenden Momenten traten auf der gegnerischen Seite alle Schwächen der Kriegführung und der Organisation ins Licht. Die beiden Feldherrn, Horn und Herzog Bernhard, standen von dem vergangenen Jahre her in einem Verhältnis stiller Feindschaft, hervorgerufen durch die Begierde Bernhards nach der obersten Kriegsleitung, genährt durch die abweichenden strategischen Entwürfe beider Männer und auf den Höhepunkt getrieben durch den Widerwillen, der zwischen Schweden und Deutschen bestand. Das harte Geschick der deutschen Nation wollte es, daß ihr Gemeingefühl vornehmlich durch die Auflehnung gegen ihre Mißhandlung wachgerufen und genährt wurde, und merkwürdig genug war es, daß diese Auflehnung vielfach bei denselben Männern hervortrat, die ihren Arm in den Dienst der fremden Eroberer stellten. Horn selber machte einmal im Hinblick auf die im Frühjahr 1633 meuternden Offiziere (S. 555) das bittere Geständnis, daß sie ihm vornehmlich deshalb feind seien, weil sie einem Fremden „die Ehre, Armeen bei ihnen zu kommandieren,“ nicht gönnten. Der Mann nun, in dem dies zwiespältige Gefühl mit voller Bitterkeit wühlte, war eben der Herzog Bernhard.

Unter solchen Umständen war schon im Jahr 1633 ein stetiges Zusammenwirken beider Generale ausgeschlossen gewesen: genug, daß sie über die Ziele ihrer selbständigen Operationen unter Drenstiernas Oberleitung sich zu verständigen und in kritischen Zeiten ihre Kräfte zu vereinigen hatten. In diesem Sinne wählten sie auch im Frühjahr 1634 ihre besonderen Operationsgebiete: Horn suchte seine so glücklich begonnene Unterwerfung Oberschwabens zu vollenden und legte, wie im vorigen Jahr gegen Constanz, so jetzt gegen Ueberlingen seine Streitkräfte in einer vierwöchentlichen, schließlich aber mißlungenen Belagerung fest (24. April bis 26. Mai); des Bodensees Meister hätte er, wie

er meinte, Tirol bedrohen und der anziehenden spanischen Armee den Weg verlegen können. Herzog Bernhard wollte die Reste feindlicher Positionen in Franken und der Oberpfalz überwältigen und versuchte es schließlich, in der zweiten Hälfte des Juni, mit der ebenfalls erfolglosen Belagerung der Bamberger Festung Forchheim; seine weiter gehende Hoffnung war, in Böhmen mit den sächsischen und schwedischen Heeren, die unter Arnim und Banér seit dem Mai von Osten und Norden her gegen Schlesien heranzogen, zusammenzustoßen und dann der kaiserlichen Armee ihre Operationen im Reiche gründlich zu legen. Aber mitten unter diesen getrennten Unternehmungen mußten die beiden Generale nun erfahren, wie der Feind, der sie überholt hatte, seinen eisernen Kreis um die Stadt Regensburg zu ziehen begann, und zwar mit Streitkräften, denen sie, auch vereint, wohl höchstens zwei Drittel entgegensetzen konnten. Da ließen sie zunächst einmal unter entgegengesetzten Erwägungen und Bewegungen die Zeit bis zum 12. Juli verstreichen, bis sie ihre Heere bei Augsburg vereinigt und einen Operationsplan entworfen hatten.

Ihre nächste Absicht war, durch einen Einbruch ins Bairische den Gegner abzulenken, und noch einmal hatten sie denn auch das Glück, die Stadt Landshut, gegen die sie vordrangen, in heißem Kampf mit dem ihnen entgegengeschickten Albring, der dabei seinen Tod fand, zu erobern (22. Juli). Aber während sie nun überlegten, wie dem Belagerungsheer weiter beizukommen sei, mußte die Stadt, die sie retten wollten, nach fast zweimonatlicher Verteidigung am 26. Juli übergeben werden, und damit schien dem katholischen Heere der Weg zu einem großen Siegeszuge die Donau aufwärts eröffnet zu sein. Noch einmal wurde es dann freilich aufgehalten. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz, auf dem, wie schon bemerkt, der durch die Lausitz anziehende sächsische General Arnim und der durch die Neumark vordringende schwedische General Banér, dem auch das brandenburgische Corps unterstellt war, operierten, hatte der erstere bei Liegnitz am 13. Mai über die kaiserliche Armee unter Colloredo einen glänzenden Sieg errufen, worauf man in Wien mit Schrecken vernehmen mußte, wie die von Wallenstein in der Neumark, Lausitz und Schlesien leicht errungenen Erfolge einer nach dem anderen wieder zerstört wurden, und wie dann vollends die Vorgänge vom Ende 1631 sich zu wiederholen schienen: das schwedische, hierauf das sächsische Heer brachen in Böhmen ein, und nach einem unaufhaltbaren Siegeszug konnten beide sich am 26. Juli unter den Mauern von Prag, angeblich etwa 30 000 Mann stark, vereinigen. Allerdings diese Stadt war jetzt besser befestigt und besser verteidigt als zwei Jahre vorher, und wie die nachgezogene Armee Colloredos nebst anderweitigen Verstärkungen ihre Aufstellung zum Schutz der bedrohten Hauptstadt nahm, auch die Ernährung der Invasionsarmee sich äußerst schwierig gestaltete, erschien die Behauptung der von ihr gewonnenen Stellung alsbald sehr fraglich; allein fürs erste wirkte die Furcht, daß der Feind im Herzen der österreichischen Monarchie weiter um sich greifen oder in Süddeutschland seinen Genossen die Hand bieten könne, doch so stark, daß Ferdinand III. einen Wechsel seines Kriegsplans ins Auge faßte: am 1. August setzte er seine Hauptarmee zum Abmarsch nach Böhmen in Bewegung. Zum Glück für die katholische Sache war jedoch dieser Entschluß kaum gefaßt,

als die Zwietracht zwischen Sachsen und Schweden auch schon seine Rücknahme ermöglichte. Beide Mächte hatten ihre Augen auf die eben begonnenen kaiserlich-sächsischen Friedensverhandlungen gerichtet: Schweden in der Absicht, sie dadurch zu durchkreuzen, daß gegen den Kaiser ein vernichtender Schlag geführt werde, Sachsen in der Absicht, sie zu fördern, indem man den Kaiser mürbe mache, nicht aber ihn vernichtend treffe. Die Folge war, daß Sachsen mit verdoppelter Entschiedenheit ein weiteres offensives Vorgehen in Böhmen bekämpfte, ja daß schon drei Tage nach der Ankunft der Armee vor Prag ein Rückzug angetreten werden mußte, der dann gegen Ende September zur völligen Räumung Böhmens führte.

So konnte die kaiserlich-bairische Armee am 8. August ihren Marsch die Donau aufwärts wieder antreten. Der Feind wich langsam bis auf Günzburg zurück. In seinem Angesichte erstürmten die Gegner am 16. August Donauwörth, den Platz, der bis dahin den in Franken stehenden schwedischen Streitkräften die Verbindung mit Augsburg sicherte, dann zogen sie zwei Tage später vor Nördlingen auf. Wie Regensburg als Schlüssel des bairischen, so galt Nördlingen als Schlüssel des schwäbischen Kreises. Um diesen Platz nun nicht ebenso ruhmlos preiszugeben, wie Regensburg, faßten die schwedischen Generale — Bernhard ungestüm drängend, Horn schweren Herzens nachgebend — den verzweifelten Entschluß, den Entsatz zu erzwingen, wenn nötig um den Preis einer Schlacht. Verzweifelt war dieser Entschluß, weil das Verhältnis der Streitkräfte sich seit dem Kampfe um Regensburg für ihre Gegner eher günstiger als ungünstiger gestaltet hatte. Wohl hatte die katholische Armee für Besatzungen und vor allem zur Verstärkung des in Böhmen gebildeten Heeres ansehnliche Truppenteile abgeben müssen, aber dafür hatte inzwischen jenes spanische, vom Infanten Ferdinand geführte Heer seinen Weg über das Wormser Joch zurückgelegt: am 3. September traf es zur Leistung der versprochenen Hülfe vor Nördlingen ein, etwa 15 000 im Gefecht verwendbare Streiter zählend, während die Kaiserlichen und Baiern nach ungefähren Schätzungen an die 24 000 Mann für die Schlacht zu stellen vermochten. Ihnen gegenüber hatten allerdings auch die schwedischen Generale Verstärkungen an sich gezogen, aber schwerlich konnten sie mehr als zwei Drittel der feindlichen Macht ins Feld führen und auch das nur unter Einrechnung von 5—6000 Mann württembergischen Landesaufgebots. Nur das kühnste Vertrauen auf die Ueberlegenheit der schwedischen Kampfweise konnte unter solchen Umständen den Mut zum Angriffe geben.

In den ersten Tagen des September kam die Entscheidung heran. Die schwedische Armee hatte damals ihre Stellung bei Bopfingen, zwei Wegstunden westlich von Nördlingen, genommen. Am Südrande des Thales des von Bopfingen nach Nördlingen laufenden Egerflüßchens ziehen sich Vorberge von mäßiger Höhe hin, deren letzte vorspringende Kuppe, der Altbuch, sich eine Stunde gerade südlich von Nördlingen erhebt und die Stellungen des katholischen Heeres, das zwischen ihm und seinen westlich anstoßenden Nachbarbergen einerseits und der belagerten Stadt anderseits stand, beherrschte. Gegen diese Höhen nun, die sie von Bopfingen aus in weitem Bogen südlich umgangen hatten, brachen am Nachmittag des 5. September die schwedischen Scharen von rückwärts plötzlich

vor. Die Katholischen waren durch die Umgehung überrascht, und wie sie nun zu spät ihre Kräfte sammelten, gelang es den Angreifern, sich in hitzigem Kampfe der Nachbarberge des Altbuchs zu bemächtigen, bis auf diese letzte, beherrschende Höhe selbst. Die Gewinnung oder Behauptung des Altbuchs wurde damit der eigentliche Kampfespreis zwischen beiden Heeren; um ihn entspann sich am folgenden Tag (6. September) die große Schlacht.

Gallas, der auf katholischer Seite die Leitung hatte, ließ den Berg in der Nacht mit Schanzen besetzen und häufte auf und um ihn eine Truppenmasse an, die schließlich auf acht Regimente zu Fuß und ebensoviel zu Pferde stieg und den gewaltigen Eckpfeiler des linken Flügels der weiterhin an den Fuß der vom Feind besetzten Höhen herandrängenden Armee bildete. Gegen diese Flanke hatte Horn, als Kommandant des rechten Flügels, zum Angriffe einzuschwenken, während Bernhard, der den linken Flügel führte, ihm Seite und Rücken decken sollte. Und nun schienen sich die Scenen, die man vor zwei Jahren in Nürnberg erlebt hatte, zu wiederholen. In einem fünfständigen Ringen, in dem alle Waffen zur Verwendung kamen, setzte Horn die äußersten Kräfte daran, den Altbuch zu erstürmen; aber jeder seiner Stürme wurde von dem von oben und von den Seiten vorbrechenden Gegner abgeschlagen. Darüber wurde die Kraft der Angreifer schließlich gelähmt. Als es zehn Uhr morgens war, erkannte Horn, daß der Angriff mißlungen und nur noch ein geordneter Rückzug zu erkämpfen war. Zu dem Zweck suchte er seine Truppen zurückzunehmen und sich zunächst hinter Bernhards Streitkräfte zu schieben. Aber wie diese Bewegung begann, brach das Verderben über die schwedische Armee herein. Auch Bernhards Flügel hatte nämlich in den Kampf gegen den ihm gegenüberstehenden Feind eingegriffen, und auch er war durch die kräftige Zurückweisung seiner Angriffe ins Schwanken gebracht. Jetzt nun gingen die gegenüberstehenden Streitkräfte gerade auf dieser Seite zum Angriffe vor, und diesmal mit solcher Wucht, daß die Höhen erstürmt und die Regimente in den Grund, der sich zwischen den Vorbergen und den weiter rückwärts aufsteigenden Ausläufern der Schwäbischen Alb hinzieht, herabgestürzt wurden, d. h. in dieselbe Enge, in die sich Horns Scharen ergossen. Widerstandslos war damit die geschlagene Armee dem von allen Seiten nachstürmenden Feinde preisgegeben; nur noch ein Teil der Kavallerie vermochte zu entkommen; die Artillerie war verloren, die Infanterie wurde niedergemacht oder gefangen, Horn selber geriet in Gefangenschaft, in der er sieben Jahre lang dem Getriebe des Krieges entzogen blieb.

Nach so vielen Niederlagen und Verlusten hatten jetzt die Katholiken einmal wieder einen Sieg errungen, der dem von Breitenfeld ebenbürtig war, ebenbürtig vor allem in seinen kriegerischen sowohl, wie politischen Folgen. Betrachten wir zunächst die ersteren. Die kaiserlich-ligistische Armee hatte jetzt, wenn gleich das Heer des Infanten alsbald seinen eigenen Weg, der nach den Niederlanden führte, einschlug, das Uebergewicht in Oberdeutschland errungen —, allerdings nicht ohne auch jetzt noch mit einem gefährlichen Gegner rechnen zu müssen.

Herzog Bernhard hatte die Reste seiner Armee, die auf etwa 14 000 Mann

geschächt wurden, in das Gebiet zwischen dem unteren Lauf des Neckars und Mains und den beiderseitigen Rheinufern geführt. Hier wußte er sich zunächst unter kunstreichen Bewegungen zu halten, hier ging ihm aber auch, da hinter ihm seine Herrlichkeit im Herzogtum Franken in Trümmer sank, um so grimziger der Entschluß auf, seine Macht nunmehr auf die ihm treu gebliebene Armee zu gründen. Er wurde ein zweiter Mansfeld, nur verklärt durch einen Schimmer aufrichtigen protestantischen Glaubenseifers. Gleich jenem verstand er es, seine hungernden, überangestregten Soldaten an sich zu fesseln und Freunde wie Feinde durch Erpressungen und aus Not geduldete Räubereien in Schrecken zu halten; seinen jeweiligen Kriegsherrn wußte er durch ein bis zur Brutalität getriebenes Selbstbewußtsein zu imponieren und dabei niemals das Ziel seines Ehrgeizes, die Gewinnung eines neuen Fürstentums, aus dem Auge zu lassen.

Indes einstweilen konnte auch er es nicht hindern, daß sich während der nächsten Monate, bis zum Frühjahr 1635, die feindliche Armee Schritt für Schritt der meisten Positionen in Oberdeutschland bis zum Rhein, zum Neckar und zum mittleren und oberen Main bemächtigte. Das erste Ziel ihres Angriffs war das Herzogtum Württemberg. In den Zeiten des Restitutionsediktes war dieses Land neben der Reichsstadt Augsburg gleichsam als ein Versuchsfeld für die Leistungsfähigkeit der katholischen Restauration ausersehen. Dann wieder, unter dem Schutze Gustav Adolfs, waren alle katholischen Errungenschaften zerstört und das Herzogtum, in dem Herzog Eberhard im Jahr 1633 die selbständige Regierung aus den Händen der Vormundschaft übernahm, an das schwedische Bündnis gefesselt. Als jetzt Ferdinand III. heranzog, erfolgte die dritte Umwälzung: der junge Regent floh nach Straßburg, der Sieger zog am 20. September in Stuttgart ein, und Württemberg wurde unter die Verwaltung kaiserlicher Kommissarien gestellt, zu deren nächsten Aufgaben es gehörte, die kirchlichen Besitzverhältnisse auf den Fuß von 1629—30 zurückzuführen. Hiermit wurde eine Benützung des Sieges aufgestellt, bei der vor allem auch das benachbarte Augsburg nicht außer acht gelassen werden durfte. Allerdings zog sich der Widerstand dieser Stadt bis zum 13. März 1635 hin; da aber, in einer mit Gallas abgeschlossenen Kapitulation, mußte auch sie sich wieder allen im Jahr 1629 angebahnten kirchlichen und politischen Neuordnungen (S. 432 fg.) unterwerfen. Sie erhielt eine kaiserlich-bairische Besatzung, und kaiserliche Kommissarien, die sich einfanden, wußten in unbarmherziger Abrechnung mit der überwundenen Partei das von Gustav Adolf gegebene Beispiel noch zu überbieten.

Derselbe Grundsatz, den Sieg zum Sturz oder zur Demütigung der rebellischen Reichsstände und zu neuer Erhebung der katholischen Kirche zu benutzen, stand überhaupt über den Fortschritten der katholischen Waffen, vor allem auch als sie die Gebiete des Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach und der in der Kurpfalz waltenden Regentschaft erreichten. Ersterer hatte sein schwedisches Bündnis dazu benützt, daß er bei der neuen Flut von Schenkungen, die Drenskierna ausgoß (S. 556), die Lande seiner katholischen Bettern in Baden-Baden, die der Kaiser einst seinem Vater abgesprochen hatte (S. 190), ja noch weiter die österreichischen Lande im Breisgau und in der Ortenau sich zuwenden

ließ. Zur Vergeltung dafür wurde ihm nun das Schicksal Eberhards bereitet: seine Lande wurden kaiserlichem Sequester unterstellt, und auch er mußte seine Zuflucht in der gastlichen Stadt Straßburg suchen. In der Rheinpfalz war es vor allem das bairische Interesse, das den Sturz der dortigen, die Rechte der Kinder Friedrichs V. vertretenden Regentschaft erforderte. Aber leicht wurde hier den kaiserlich-ligistischen Truppen ihre Aufgabe nicht gemacht. Denn nicht nur Herzog Bernhard, auch die französische Armee, die unter La Force in der Gegend von Metz auf der Wacht stand, sah in der Pfalz ein Gebiet, das nicht preisgegeben werden durfte. Letztere rückte im Monat Oktober in die linksrheinische Pfalz, Ende Dezember sogar zum Entsatz Heidelbergs in das rechtsrheinische Gebiet ein, um dann freilich im Februar 1635 aufs linke Ufer und endlich im April ins Lothringische zurückzugehen. So gewannen die katholischen Truppen zunächst nur in der rechtsrheinischen Pfalz festen Fuß, und auch hier dauerte es bis zum 27. Juli 1635, ehe Heidelberg ihnen zufiel, während Mannheim und das linksrheinische Frankenthal sich noch bis in den Oktober hinein behaupteten.

Das Ergebnis dieser und ähnlicher hier nicht weiter zu verfolgender Kämpfe war, daß die katholischen Streitkräfte in der Unterwerfung wenigstens des rechtsrheinischen Süddeutschlands ihrem Ziel immer näher kamen. Gleichzeitig aber kündete sich ein noch schwererer Schlag für die schwedisch-protestantische Sache an: die Auflösung des Heilbronner Bundes. Eine Tagsatzung desselben hatte Drenstierna zu Frankfurt am 7. April eröffnet, die dann unter mehrfachen und langen Unterbrechungen ihren Schluß erst am 13. September, unter dem Eindruck der Nördlinger Katastrophe, fand. Daß hier für das Jahr 1634 eine neue, nur etwas niedriger als für das Jahr 1633 bemessene Beisteuer bewilligt wurde, daß dabei das ganze Register der gewöhnlichen Klagen — Drenstiernas über die maßlosen Rückstände, der Verbündeten über die Mißhandlung ihrer Lande durch die Soldaten und ihre Führer — wieder aufgelesen wurde, war nichts Besonderes; aber eine große Bedeutung gewann die Versammlung dadurch, daß Drenstierna den Plan verfolgte, den unvollkommenen Heilbronner Bund zu einem leistungsfähigen protestantischen Bündnisse zu erweitern. Zu diesem Zwecke hatte er alle übrigen protestantischen Stände — die in Westfalen gesessenen und die Stände des ober- und niedersächsischen Kreises — zur Teilnahme eingeladen, und alles hing nun davon ab, ob die beiden Kurfürsten, voran der sächsische, bereit waren, der Einladung zu entsprechen. Allein gerade des letzteren Entscheidung war in Wahrheit schon durch seine Annäherung an den Kaiser getroffen, und jeder neue Vorgang im Kriege war nur geeignet, seine Abneigung gegen die Schweden zu verstärken. So schickte er denn allerdings Gesandte nach Frankfurt, aber nur um sich mit einer Schärfe, die ganz wieder an die Zeiten vor Gustav Adolf erinnerte, gegen die Sonderbündnisse der Reichsstände im allgemeinen und ihre Bündnisse mit fremden Mächten im besonderen zu erklären und die Konzentration aller Kräfte auf den Abschluß eines maßvoll gehaltenen Friedens als die dringendste Aufgabe zu bezeichnen. Ungleich entgegenkommender erschien freilich fürs erste die Gesinnung des Kurfürsten von Brandenburg, sowohl nach den Erklärungen, die er schon im vorigen Jahr gegeben hatte, als

nach der im laufenden Jahr bewilligten Unterstellung seiner Truppen unter Banérs Oberbefehl; indes gerade dieser Kurfürst sollte es sein, der den eigentlichen Grund des Scheiterns in die Verhandlungen hineintrug. Ihm nämlich schien jetzt die Zeit gekommen zu sein, um endlich über die pommerische Frage zur Klarheit zu kommen, und so stellte er zuerst durch eine im November 1633 an die schwedischen Regenten geschickte Gesandtschaft, dann durch seine nach Frankfurt abgeordneten Vertreter die Anerkennung und Sicherung seines pommerischen Successionsrechtes als Preis seines Anschlusses an Schweden auf.

Dieses Vorgehen der beiden Kurfürsten wirkte entscheidend auf diejenige Gruppe ein, deren Gewinnung nächst ihnen am wichtigsten war, nämlich die niedersächsischen Stände, unter denen das Haus der Welfen den Ausschlag gab. Im Februar hatten diese bei einem Kreistag zu Halberstadt die Umwandlung der von Herzog Georg geführten Streitkräfte in eine vom Kreis unterhaltene, in erster Linie für den Schutz des Kreises, in zweiter Linie, soweit der engere Zweck es gestattete, aber auch für größere Unternehmungen zu verwendende Armee beschlossen, dann sich bereit erklärt, auf Grundlage dieses Beschlusses ein Bündnis einzugehen, und zwar zunächst mit dem oberländischen Kreise, hierauf mit ihm zusammen mit dem Heilbronner Bund. Zur Verhandlung über die Ausführung dieser Erklärung beschieden sie nicht nur den Frankfurter Tag, sondern traten zugleich mit Brandenburg ins Einvernehmen. Aber dabei geschah es, daß sie vom letzteren für seine Auffassung der pommerischen Frage gewonnen wurden, und dies um so leichter, da sie selber durch die Vergrößerungsabsichten Schwedens, die sich weiterhin auf Wismar und das Stift Bremen richteten, erregt waren. In Frankfurt traten demgemäß Brandenburg und die Niedersachsen, ausgehend von der in der Heilbronner Bundesakte niedergelegten Verpflichtung zum Eintreten für Schwedens „Satisfaktion“ (S. 551), mit der Forderung hervor, daß vor ihrem Eintritt in den Bund eine Verständigung über Inhalt und Umfang dieser Satisfaktion erfolgen müsse, und daß dabei wohl Landabtretungen, aber nur aus dem Bestand der den Katholiken entzogenen und fern von der Ost- und Nordseeküste gelegenen Gebiete zu bewilligen seien. Damit geriet Orenstierna in eine Lage, welche die ganze Unabhängigkeit und Kühnheit seiner Willensentscheidung forderte. Aus den Weisungen, die er von seiner Regierung im Laufe des Jahres 1634 empfing, konnte er nur ersehen, daß sie die Begründung schwedischer Herrschaft in Pommern, in Wismar, im Stift Bremen ersehnte, daß sie aber zugleich vor dem offenen Bruch mit den protestantischen Reichsständen zurückschrak und nun angesichts dieser Gefahr über die Frage, was und wieviel, ja ob im äußersten Falle nur Geld mit Einräumung eines Teils der ersehnten Lande als Hypothek, oder auch gar nichts, als ein Bündnis mit den deutschen Protestanten, unter elastischem Vorbehalt aller weiteren Ansprüche herauszuschlagen sei, die letzte Entscheidung dem Kanzler zuschob. Sie war dabei um so ängstlicher, da der Waffenstillstand mit Polen am 11. Juli 1635 ablief, und der Neuausbruch des Krieges nicht gerade wahrscheinlich, aber doch möglich war.

Orenstierna nun traf die Entscheidung, indem er die Landabtretungen, die er forderte, zwar nicht erschöpfend und unzweideutig angab, aber um so unzwei-

deutiger den ihm angebotenen Verzicht auf Pommern zurückwies. Da war denn die unvermeidliche Folge: Rücktritt Brandenburgs und der Niedersachsen von der Bundesverhandlung und verschärfte Mißstimmung unter den deutschen Protestanten über den Eigennutz des schwedischen Verbündeten. Mit besonderer Schärfe wandte dieser Unwille sich gegen den allmächtigen Reichskanzler. Denn jenen gebieterischen und drohenden Ton, den einst Gustav Adolf gegen die deutschen Fürsten angeschlagen hatte, glaubte unter den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auch Drenstierna sich erlauben zu dürfen, und jene Beutegier, mit der seine Landsleute über deutsche Gebiete herfielen, schien auch ihn zu erfüllen; hatte er doch, wie aus französischen Kreisen verlautete, für sich keinen geringeren Anteil als das Kurfürstentum Mainz ausersehen, an dessen Ergreifung er nur, wie es weiter hieß, durch die Eifersucht Frankreichs gehindert werde.

Was aber sollten nun, angesichts dieses Fehlschlags, die im Heilbronner Bunde bereits eingefangenen Reichsstände thun? Es bedurfte nicht erst der Nördlinger Katastrophe, um ihnen klar zu machen, daß sie gegen die katholischen Streitkräfte nicht aufzukommen vermochten, und daß sie von Schweden nur Forderungen, nicht aber Zuschüsse an Truppen und Geld zu gewärtigen hatten. Da sahen sie sich denn vor die Wahl gestellt, entweder den Lockungen Sachsens zum Ausgleich mit dem Kaiser zu folgen, oder die starke Hand einer anderen Macht zu ergreifen, die sich ihnen entgegenstreckte —, nämlich Frankreichs. Eine Bindung zu Gunsten Frankreichs war es nun schon gewesen, als am 15. September 1633 die verbündeten Stände der vier Kreise den ihnen offen gelassenen Eintritt in das französisch-schwedische Bündnis (S. 553) wirklich beschloßen, allerdings eine Bindung von geringer praktischer Bedeutung, da sie im wesentlichen hier nur als ein passives Anhängsel erschienen. Aber eine Annäherung viel wirksamerer Art brachte jetzt das Jahr 1634, da Frankreich die Gelegenheit zu neuen Schlägen aus dem Hinterhalt ergriff. Eine erste derartige Gelegenheit bot sich gleich in den ersten Tagen des Jahres, als der Rheingraf Otto Ludwig die protestantischen Truppen im Elsaß zu neuen Erfolgen führte. Er brachte damals den bischöflich-straßburgischen Statthalter, den Grafen Salm, in solche Not, daß derselbe am 28. Januar die Städte Hagenau und Zabern, um sie wenigstens nicht den protestantischen Schweden preiszugeben, für die Zeit bis zum Friedensschluß dem Schutz der in der Nachbarschaft stehenden französischen Armee unterstellte, von der sie denn auch alsbald mit Besatzungen versehen wurden. Dies war der Anfang der Festsetzung Frankreichs im Elsaß. Drei Tage später erschien in Breisach bei dem dort stehenden Feldmarschall Schauenberg mit einem kleinen Truppencorps der Herzog Karl von Lothringen. Er hatte sich den Schlingen des jüngsten französischen Vertrags zu entwinden vermeint, indem er sein Land durch einen Scheinvertrag seinem Bruder Franz abtrat (19. Januar) und sich selber wieder, als General des Kaisers, in den Krieg stürzte. Die Antwort, die Richelieu darauf erteilte, war, daß er nunmehr die volle Unterwerfung Lothringens in Angriff nahm: durch gerichtliches Urteil wurden dem Herzog die französischen Lehensstücke wegen Majestätsverbrechens aberkannt (September), durch die bei Metz auf der Wacht stehende Armee des Marschalls La Force wurden alle Teile des Landes besetzt, endlich das ganze

Herzogtum französischer Verwaltung und einem in Nancy niedergesetzten französischen obersten Gerichtshof unterstellt (Oktober). Triumphierend schrieb Richelieu schon nach einigen Jahren die Worte nieder: die Lothringer begannen den König als den Herrscher anzusehen, unter dessen Obrigkeit sie leben und sterben sollten. Einstweilen übersah er dabei freilich die Stärke des Widerstandes, den das lothringische Herrscherhaus der französischen Eroberung noch entgegenzusetzen vermochte. Vor allem der gestürzte Herzog Karl betrat jetzt erst recht die Bahn, auf welcher im anderen Lager der Herzog Bernhard wandelte: sein Reich war fortan die Armee, die er zusammenzuhalten verstand, mit der er den Kampf gegen Frankreich unermüdlieh und allgegenwärtig fortsetzte, bald im Dienste des Kaisers, bald unter dem Kurfürsten von Baiern oder dem König von Spanien einen Rückhalt findend, immer ein Schrecken für die Lande, in denen seine wilden Scharen Quartier nahmen. Aber, wie gesagt, über diese Gefahr durfte Richelieu einstweilen hinwegsehen; von dem Boden, den er gewonnen hatte, machte er sich vielmehr sofort bereit, einen neuen Anlaß zur Vorschübung der französischen Streitkräfte ins Reich zu ergreifen.

Diesen Anlaß bot ihm der frühere Vertrag mit dem Kurfürsten von Trier (S. 521), kraft dessen unter anderem auch Philippsburg einer französischen Besatzung eingeräumt werden sollte. Noch lagen nun die protestantischen Streitkräfte vor dieser Stadt und warteten auf ihre Ergebung (S. 566, 571), als Richelieu seine Ansprüche auf die Einräumung derselben beim Heilbronner Bund anmeldete. Drenstierna zog die Sache zunächst hin; aber wie unter den wachsenden Bedrängnissen der Verbündeten das französische Ansinnen in aller Form dem Frankfurter Bundestag vorgetragen wurde, da setzten gegen den Widerspruch der Städte Drenstierna und die verbündeten Fürsten am 26. August einen Vertrag durch, kraft dessen Philippsburg bis zum Abschluß eines allgemeinen, Frankreich einschließenden Friedens in französische Verwahrung gegeben wurde. Was die Verbündeten zu diesem Abkommen bestimmte, das war die vom französischen Gesandten eröffnete Aussicht nicht nur auf wirksame Truppenhilfe, sondern auch auf den offenen Eintritt Frankreichs in den Krieg, der sich dann vonseiten Frankreichs gegen Spanien und den Kaiser zugleich kehren mußte. Und in dieser Richtung wurde denn auch ein weiterer, der am tiefsten greifende Beschluß der Versammlung gefaßt, daß nämlich eine Gesandtschaft nach Frankreich abgehen sollte, um über den gemeinsamen Krieg und die hierbei auf beide Teile fallenden Leistungen und Gewinne einen Vertrag zu vereinbaren.

In der That konnte jetzt die Stunde für Frankreichs offene Waffenerhebung nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Aber je näher sie kam, um so unerbittlicher stellte sich Richelieus Rechnung über den Preis, den seine Verbündeten zahlen sollten. Den nach Schluß des Frankfurter Bundestages ankommenden Gesandten erklärte er die Absicht, durch Aussendung eines Armeecorps aufs rechte Rheinufer zur Offensive gegen die kaiserlich-ligistischen Streitkräfte überzugehen: allein ob und wann die französische Regierung diese Absicht verwirklichte, blieb ihrer freien Entscheidung vorbehalten; schon daraufhin sollten jedoch die Verbündeten eine Reihe überschwerer Bedingungen bewilligen, unter

anderem die Einräumung der schon eroberten Elsäßer Plätze und der noch zu erobernden Festung Breisach nebst einigen weiteren rheinaufwärts sich anschließenden Plätzen bis Konstanz. So sehr nun die Gesandten sich auch sträubten, der Kardinal verstand es, so kräftig auf sie einzuwirken, daß sie schließlich am 1. November 1634 den Vertrag, wie er ihn verlangte, eingingen. Als vertragsschließende Parteien erschienen Frankreich, Schweden und die deutschen Verbündeten, zu denen man noch die beiden sächsischen Kreise hinzuzuziehen gedachte. Der frühere französisch-schwedische Vertrag vom 19. April 1633 (S. 553) sollte durch dieses neue Abkommen aufgehoben werden, es sollten auch, solange Frankreich die Offensive verschob, die kraft des älteren Vertrags an Schweden allein zu zahlenden Hülfsgelder fortan an beide mit Frankreich verbündeten Parteien entrichtet werden.

Offenbar der Gedanke, der Richelieu leitete, war der alte Wunsch (S. 553), der schwedischen Vorherrschaft unter den deutschen Fürsten die französische zur Seite zu setzen, und die schwedischen Festsetzungen im Rheingebiet durch französische Besitzergreifung einzuschränken. Darum erhob sich aber auch sofort ein Streit um die Ratifikation des Vertrags. Bei einem neuen in Worms gehaltenen Bundestag (Dezember 1634) wurde sie von Drenstierna im Namen Schwedens verweigert und nur von den deutschen Grafen und Fürsten, unter denen aber Ansbach und Culmbach durch die siegreiche katholische Armee schon von dem Bunde abgesprengt waren, und nur der Landgraf Wilhelm von Hessen noch über eine kleine Armee gebot, bewilligt, während die Städte sich ebenfalls zurückhielten. Sehr begreiflich, daß bei solcher Haltung der Verbündeten Frankreich den offenen Eintritt in den Krieg noch einmal vertagte.

Allein lange konnte dieser Aufschub um so weniger währen, da die französischen Uebergriffe im kleinen auch jetzt wieder fortgingen. Da sah sich im Oberelsaß der Rheingraf Otto Ludwig in den von den Schweden besetzten Plätzen nach der Nördlinger Niederlage von überlegenen katholischen Streitkräften umstellt und angegriffen. Rettung konnte ihm nur die französische Armee unter La Force bringen. Der aber zögerte auf des Rheingrafen Hülfserufe, bis auf dessen Veranlassung der schwedische Resident im Elsaß, Reinhard Model, am 9. Oktober 1634 mit dem französischen Gesandten De l'Isle einen Vertrag unterzeichnete, kraft dessen außer Bensfelden sämtliche von den Schweden besetzten Festungen im oberen und einige benachbarte Plätze im unteren Elsaß, darunter die Reichsstädte Colmar, Schlettstadt, Oberehnheim, Münster, Kaisersberg und Türkheim, in Frankreichs Verwahrung bis zum künftigen Frieden gegeben wurden. Hierauf vollzog Frankreich die Besetzung und damit seine zweite Festsetzung im Elsaß. Aber auch das war nicht genug. Für seine eigene Person verfolgte damals Richelieu den ungeheuerlichen Plan, dem Trierer Kurfürsten Philipp von Sötern die Ernennung zum Koadjutor im Erzbistum Trier und im Bistum Speier abzapfen, und so weit brachte er es in der That, daß der Kurfürst im März 1634 ihm in Trier die Dompropstei übertrug und in Speier im September ihn als Koadjutor proklamieren ließ. Allerdings, abgesehen von dem Widerstand des Kaisers, verweigerte diesmal auch Papst Urban VIII. seine Genehmigung; aber Richelieu war gewohnt, Widerstände zu brechen, und wußte

ein Hohn auf die Unabhängigkeit des Reiches war es, wenn der Cardinal einen Platz unter den deutschen Kurfürsten wirklich gewann!

Das also war die Lage in der Westhälfte von Deutschland: der Heilbronner Bund im Krieg mit dem Kaiser beharrend, aber zugleich in sich zerfallend, die schwedische Kriegsmacht in Gefahr, den festen Boden und die Mittel des Unterhalts in Deutschland zu verlieren, und doch an den Eroberungsabsichten unerbittlich festhaltend, Frankreich in die Grenzen des Reichs Bresche auf Bresche legend und stark genug, um, wenn es in den Krieg eintrat, auch alle Bundesgenossen seinen Zwecken dienstbar zu machen. Diese Verhältnisse im Auge behaltend, müssen wir nunmehr jene Friedenskonferenzen verfolgen, in welche Kurfürsten mit dem Kaiser zu Leitmeritz im Juni 1634 eingetreten war (S. 578), und die im folgenden Monat, da Nordböhmen von schwedischen und sächsischen Truppen überschwemmt ward, nach Pirna verlegt wurden.

Die Absicht Johann Georgs war ursprünglich nicht auf einen Separatfrieden gegangen, sondern auf eine vorläufige Verständigung, durch welche die noch immer erhoffte Vermittelung Dänemarks und vollends die weitere Verhandlung mit Schweden und den protestantischen Reichsständen nicht überflüssig gemacht werden sollte. Aber sehr bald traten dagegen die kaiserlichen Unterhändler mit dem Vorschlag nicht nur eines Separatfriedens, sondern auch einer Verbindung hervor, mittelst deren die Schweden und Reichsstände zur Annahme des Friedens genötigt werden sollten. Und die Nördlinger Niederlage, dann die bezeichnete Gestaltung der kriegerischen und politischen Verhältnisse, daneben auch der Einfluß des Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt, der im Herbst des Jahres herbeieilte, um die Sache des Friedens zu fördern, zogen den sächsischen Kurfürsten auf diesen Standpunkt hinüber. So kam denn am 24. November 1634 zu Pirna ein von den beiderseitigen Gesandten unterzeichneter Präliminarvertrag zu stande.

Entscheidend für das Gelingen der Verhandlungen war es, daß sich der Kaiser jetzt bereitwilliger zu Konzessionen zeigte als im Jahr vorher (S. 561), allerdings mit großen Abstufungen, je nach der Verschiedenheit der zu regelnden Fragen. Weit und rasch kam er vor allem den kursächsischen Sonderinteressen entgegen. Wie früher dem bairischen, so gewährte er jetzt dem sächsischen Kurfürsten eine territoriale Vergrößerung, indem er ihm die bisher als Pfand eingeräumten Lausitzen — die Schuldbforderung war nach sächsischer Rechnung auf rund 6400000 Reichsthaler gestiegen — endgültig abtrat, als Lehen der böhmischen Krone, vererblich im Mannesstamm Johann Georgs, mit subsidiärem Erbrecht der Altenburger Linie und weiterhin der Töchter des Kurfürsten und ihrer männlichen Nachkommen. Hinzugesügt wurde dann noch die Abtretung von vier Aemtern des Erzstiftes Magdeburg, und das Zugeständnis, daß dieses Erzbistum selber dem sächsischen Prinzen August mit Rücksicht auf den darauf erworbenen Anspruch (S. 423) auf Lebenszeit überlassen bleiben solle.

Von dieser Befriedigung des sächsischen Interesses kam man dann zu der allgemeinen Frage, wie weit die von den kämpfenden Parteien aus Anlaß des Krieges gewonnenen Gebiete und Einkünfte behauptet oder zurückgegeben, wie weit die im Krieg verübten Feindseligkeiten und Empörungen vergeben oder zur

Strafe gezogen werden sollten. Hier nun entschloß sich der Kaiser zu einer weiteren Einräumung, die sich fortan als unverrückbares Fundament der ferneren Friedensstiftung zwischen den Reichsgliedern bewährte: sie war befaßt in den Worten Restitution und Amnestie, besagte also gegenseitige, d. h. zwischen den Ständen des Reichs untereinander und dem Kaiser gegenüber eintretende Rückgabe des Entrißenen und Verzicht auf die Ahndung verübter Feindseligkeiten. Aber diese Einräumung, so folgenschwer sie kraft des ihr zu Grunde liegenden Prinzips war, so eng wurde sie doch zunächst durch die Einzelbestimmungen umgrenzt. Gleich die erste derselben besagte, daß Restitution und Amnestie allein für das seit der Landung Gustav Adolfs Vorgegangene gelten sollte, womit also vor allem die beiden schwersten Territorialstreitigkeiten im Innern des Reichs, die pfälzische und hessische, ausgeschlossen waren. Nur das war hinsichtlich der ersteren zugegeben, daß sie neuer gütlicher Verhandlung auf einer baldigen Tagsatzung unterstellt werden sollte. — Weiter folgten dann andere Einzelbestimmungen, die zum Teil allerdings eine Erweiterung, zum anderen Teil aber wieder eine Beschränkung des Gewährten enthielten. Halb Erweiterung, halb Beschränkung war es, wenn der doppelte Verlust, den kurz vor Gustav Adolfs Ankunft das Braunschweig-Wolfenbütteler Land durch die Abtretungen an Tilly und die Herausgabe des seit hundert Jahren besessenen Teils von Hildesheim (S. 421) erlitten, dann mit Gustav Adolfs Hilfe wieder eingebracht hatte (S. 509), nun auch rechtlich aufgehoben wurde, aber dabei doch wieder der Vorbehalt folgte, daß die Entscheidung des Hildesheimer Streits einem neuen gütlichen und in höherer Instanz rechtlichen Verfahren unterstellt, und daß an Tillys Erben die Schuldsomme von 400 000 Thalern in acht Jahresraten ausgezahlt werden sollte. — In ähnlicher Weise wurden auch andere Restitutionsbeschränkungen. Aber alle derartigen Differenzen traten weit zurück vor den Schwierigkeiten, die mit den auf Kirchengut und Religionsfreiheit bezüglichen Restitutionsverhandlungen verbunden waren.

Daß diese Fragen von den weltlichen Streithändeln geschieden und in besonderen Artikeln erledigt werden mußten, nahm man von vornherein als selbstverständlich an; ein bedeutsamer Unterschied war es aber, daß Sachsen auch an sie, getrennt von seinen Glaubensgenossen, herantrat, der Kaiser dagegen von Anfang an einen doppelten Rückhalt suchte: bei seinen Theologen, in deren Gutachten er in gewohnter Weise die Erleuchtung seines Gewissens fand, bei den katholischen Kurfürsten von Mainz, Köln und Baiern, die er bereits im Juli über die von Sachsen gemachten Vorschläge zu Rate zog. So verschieden nun auch jetzt und in den folgenden Jahren bis zum Schluß des Westfälischen Friedens diese katholischen Ratschläge ausfielen, der Grundsatz von dem Recht der katholischen Kirche auf die Alleinherrschaft und von der Pflicht der christlichen Staatsregierung, dieses Recht den Ketzern gegenüber mit ihrer Zwangsgewalt durchzuführen, war trotz aller Fehlschläge des fürchterlichen Religionskrieges nicht erschüttert, sondern noch härter den Gemütern eingepreßt. Den Protestanten Religionsfreiheit einzuräumen, ihnen ihren Teil an den kirchlichen Anstalten und Gütern zu überlassen, erschien allen als Zulassung schwerer Frevel, die allein durch den sonst zu gewärtigenden Einbruch noch

größeren Unheils für Kirche und Religion gerechtfertigt werden könne. Nur darüber konnte also zwischen ihnen gestritten werden, ob die Notlage, welche jene Zulassung entschuldigen sollte, wirklich vorhanden sei, und wie weit die Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Widersacher gehen dürfe.

Nun waren aber die ersten Forderungen, mit denen Sachsen in die Verhandlungen eintrat, über die Maßen hoch: nicht nur die Herstellung des Besitzstandes von 1612, auch der freie Uebertritt der geistlichen Fürsten, also die Beseitigung des geistlichen Vorbehaltes, wurde verlangt. In der Zurückweisung solcher Extreme waren die katholischen Ratgeber des Kaisers einig; wie man aber von da herabging zu dem, was geboten werden könne, begann der Streit zwischen den Unnachgiebigen und den Nachgiebigen. Unter den Theologen Ferdinands waren diese Gegensätze vor allem durch zwei mächtige Beichtväter vertreten: Lamormain, der des Kaisers Gewissen lenkte und, wie es scheint, lieber Einräumungen an Frankreich, als an die Reher sehen wollte, that es allen in der Bekämpfung des Ausgleichs mit Sachsen zuvor, der Kapuziner Quiroga dagegen, welcher der Gemahlin Ferdinands III. als Beichtvater diente und sicherlich auch die Bestrebungen der spanischen Regierung, die Kräfte des Reichs durch einen Ausgleich mit den Protestanten gegen Frankreich zu einigen, unterstützte, faßte seinen Rat in die Worte: der Kaiser sei zu Zugeständnissen an die sächsischen Forderungen nicht nur berechtigt, sondern unter einer Todsünde verpflichtet.

Ähnliche, wenn auch nicht so scharfe Gegensätze wiederholten sich im Kreise der befragten drei Kurfürsten. Hier war der Unnachgiebige der Kurfürst Ferdinand von Köln, der sich freilich auch wieder, als Bischof von Hildesheim, durch die vorher erwähnte, auf dieses Stift bezügliche Bedingung gereizt fühlte. Er verständigte sich mit seinem Mainzer Kollegen, dem Erzbischof Anselm Kasimir, über ein am 2. Oktober ausgefertigtes, auch von einigen anderen geistlichen Fürsten gebilligtes Gutachten, in dem sie zu dem Einwand, daß solche Dinge vor einen Reichstag gehörten, die noch viel empfindlichere Berufung auf die nötige Zustimmung des Papstes hinzufügten. Vorsorglich hatten sie auch schon in Rom angefragt und konnten als Bescheid des Papstes mitteilen, daß sie zu irgendwelchen Einräumungen an die Protestanten weder befugt seien, noch vom Papst ermächtigt werden würden. — Aus dem Gutachten sprach die durch den Nördlinger Sieg geschwellte Zuversicht der geistlichen Herren, ein Gefühl, in dem auch einige Monate später (10. Mai 1635) der Bischof von Würzburg mit dem Antrag an den Kaiser herantrat, ihm die Uebung seiner geistlichen Jurisdiktion in der Markgraffschaft Ansbach wieder zu ermöglichen, da die im Religionsfrieden verfügte Suspension derselben „mit dem Schwerte durchschnitten“ sei.

Aber eben in dieser Beurteilung der Sachlage, in der Frage also, ob es möglich sei, durch fortgesetzten Kampf die Macht der deutschen Protestanten zu brechen, bekannnten diejenigen, welche die Hauptlast des Kampfes trugen, die entgegengesetzte Ansicht: in erster Linie der Kaiser, in zweiter der Kurfürst Maximilian von Baiern. Allerdings mit dessen Gutachten hatte es noch gute Weile. Getreu seiner alten Maxime, sich bedenklicher Verantwortung zu entziehen, gab

er einstweilen nur halbe Aussprüche von sich: der Kaiser, meinte er, möge vorläufig mit Sachsen einen Entwurf vereinbaren, über den dann „in allgemeiner Handlung dem Reichsstilo gemäß“ zu beschließen sei; die geistlichen Stände möchten inzwischen in der Wahrung der sie „am nächsten“ angehenden Interessen den Vortritt nehmen.

Offen sah sich somit der Kaiser nur von zwei Seiten unterstützt, von dem spanischen Gesandten und von den zum Nachgeben ratenden Theologen. Aber daraufhin wagte er's, in den Verhandlungen über die geistlichen Güter, die reichsunmittelbaren wie die mittelbaren, mit einem für alle ferneren derartigen Verhandlungen maßgebenden Zugeständnis vorzugehen: es war die in den letzten fünf Jahren, ja bereits im Jahr 1613, wiederholt angeregte, aber niemals vom Kaiser und den katholischen Ständen angenommene Auskunft, daß das Recht der Reichsstände an jene Güter und Anstalten nach dem Besitzstand eines bestimmten Zeitpunktes festzusetzen sei, und zwar eines Zeitpunktes, der vor die durch das Restitutionsedikt bewirkten Verschiebungen falle. Zunächst hatte er freilich bei Aufstellung dieses Vorschlags wieder einen Ansturm der unnachgiebigen Katholiken auszuhalten. Ihr Widerspruch richtete sich einerseits gegen die Befugnis der Staatsgewalt, solche Zugeständnisse ohne päpstliche Erlaubnis zu machen, andererseits gegen die unbegrenzte Dauer derselben; denn wie könne eine Einräumung, die nur durch die Not einer dem Wechsel unterworfenen Zeitlage entschuldigt werde, eben diesem Wechsel der Zeit entrückt werden! Dieser letztere Einwand hatte schon bei Aufrichtung des Religionsfriedens solchen Eindruck gemacht, daß man ihm wenigstens zum Scheine Rechnung trug, indem man, als Grenze aller Satzungen des Friedens, eine freiwillige Wiedervereinigung der Bekenntnisse aufstellte. In noch viel ausgiebigerer Weise gab auch jetzt der Kaiser ihm statt, indem das den Protestanten zugestandene Besitzrecht auf vierzig Jahre eingeschränkt wurde; während dieser Frist sollte eine paritätische Stände-*deputation* einen definitiven Ausgleich versuchen; wenn dann der Versuch mißlang, so mochten die Parteien nach den vierzig Jahren die nun wieder auflebenden rechtlichen Ansprüche, doch nur unter Achtung des dermaligen Besitzstandes, verfolgen.

Nunmehr handelte es sich um die Bestimmung des Normaljahrs. Hier errang der Kaiser einen neuen Sieg, indem er den Termin vom Jahr 1612 oder 1618 auf den 12. November 1627 hinabrückte. Als ein weiterer Vorteil für die Katholiken kam dann hinzu die sorgfältig abgewogene Fassung der Sätze über die Rückgabe der den Protestanten entzogenen reichsunmittelbaren Güter, d. h. vor allem der norddeutschen Bistümer. Sie sollten an diejenigen Reichsstände erfolgen, die bis November 1627 in ihrem Besitz gewesen waren. Keine Schwierigkeiten machten in dieser Beziehung die kursächsischen, weiter die jenseits der Elbe gelegenen Bistümer, weil sich hier trotz des Restitutionsediktes die protestantischen Inhaber oder deren Nachfolger behauptet hatten; auch das zeitweilig an Wallenstein preisgegebene Bistum Schwerin (S. 382) war längst wieder an seinen früheren Besitzer und von diesem neuerdings an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg im Namen seines unmündigen Sohnes gekommen, und über Magdeburg war die erwähnte besondere Abrede getroffen.

Allein zwischen Elbe und Weser stand es anders. Im Bistum Minden war kein im Jahr 1627 im Besitz gewesener Administrator vorhanden; denn der Besitzer aus jener Zeit, der Herzog Christian von Lüneburg, war im November 1633 gestorben, ebenso war in Bremen der frühere Administrator, Herzog Johann Friedrich aus dem Hause Holstein, im September 1634 verschieden, und wenn hier der dänische Prinz Friedrich, kraft seiner Roadjutorie (S. 124) die Nachfolge antrat, bald auch das früher von ihm besessene Verden (S. 239) aus der Hand der schwedischen Eroberer empfing, so stand diesem Vorgehen doch im Weg, daß der Lübecker Friede das Anrecht des Dänen auf Bremen sowohl, wie auf Verden aufgehoben hatte (S. 407, 413, 513). Halberstadt vollends war im Sinne des Kaisers schon im Jahr 1623 durch den Rücktritt Christians von Braunschweig herrenlos geworden (S. 299). Wer waren nun die rechtmäßigen Besitzer dieser Stifter. Ausdrücklich bestimmte der Prager Friede nur, daß, wie Magdeburg dem sächsischen Prinzen August, so Halberstadt dem Erzherzog Leopold Wilhelm bleiben, ferner, daß im Innern sämtlicher von dem Normaljahr betroffener Stifter „in geistlichen und weltlichen Sachen“ der Stand vom 12. November 1627 erhalten werden, und den Kapiteln freie Wahl, auch zu Gunsten katholischer Kandidaten, zustehen sollte. Nach der Auffassung der Kaiserlichen war aber hiermit teils ausdrücklich, teils stillschweigend das Recht der katholischen Bischöfe, welche in all jenen vier Bistümern in den Jahren 1628—1630 an die Stelle der protestantischen Inhaber ernannt waren (S. 423, 428), nämlich des Erzherzogs Leopold Wilhelm in Bremen und Halberstadt, des bairischen Prinzen Franz Wilhelm in Verden und Minden, anerkannt, mochten die Stifter sich auch mit Ausnahme von Halberstadt zur Zeit in der Gewalt der Protestanten befinden.

Nimmt man nun noch hinzu, daß für die protestantischen Bistumsadministratoren die so schwer empfundene Suspension ihres Sitzes an Reichs- und Deputationstagen bestätigt wurde, daß dann weitere Sonderbestimmungen die Reichsritter und die Reichsstädte von den Vorteilen des Normaljahres ausschlossen und sie auf den Religionsfrieden verwiesen, daneben auch die vom Kaiser mit einzelnen Städten, vor allem mit Augsburg, getroffenen besonderen Abmachungen aufrecht gehalten wurden, ja daß eine unergründliche Klausel von den nach dem Normaltermin zu restituierenden Gütern und Anstalten doch wieder die im ordentlichen Streitverfahren vom Kammergericht oder Reichshofrat ab-erkannten ausschloß, so ist unverkennbar, daß der Kaiser mit dem Normaljahr zwar ein weitreichendes Prinzip aufstellte, dasselbe aber zugleich zum Vorteil der Katholiken aufs stärkste einschränkte. Bei solcher Haltung Ferdinands konnten vollends die Anstrengungen des sächsischen Kurfürsten, den Lutheranern in des Kaisers deutschen Erblanden irgend eine Religionsfreiheit zu erringen, keinen Erfolg haben. Nur in dem außerhalb des Reichsverbandes stehenden Schlesien wollte der Kaiser der Stadt Breslau und den Fürstentümern Liegnitz, Brieg, Dels und Münsterberg ihre vorige Religionsfreiheit unter bestimmten Bedingungen fortgewähren, besonders unter Beschränkung auf die „ungeänderte Augsburger Confession“. Gleich also bei dem ersten Versuch, dem deutschen Reich den Frieden zurückzugeben, sprang hier die scharfe Grenze heraus, welche der Kaiser

zwischen seinen Erbländen und dem Reiche zog: in ersteren sollte der volle Ertrag der während des Krieges durchgeführten kirchlichen und politischen Neuordnungen behauptet werden.

Während so die Auseinandersetzung über die kirchlichen Machtfragen vor sich ging, trat kraft alten und engen Zusammenhanges noch eine andere Bedingung des Friedens hervor: die Schlichtung der auf Sinn und Handhabung der Reichsverfassung bezüglichen Streitfragen. Mehr als anderswo zeigte sich indes gerade hier die ängstliche Nachgiebigkeit des sächsischen Kurfürsten. Was von ihm vorgeschlagen und vom Kaiser angenommen wurde, beschränkte sich, abgesehen von den gleich zu erwähnenden Artikeln über Bündnisse und Krieg, auf einige Versuche, den kläglichen Zustand der Reichsjustiz zu bessern, und auch hier wurde die tiefer greifende Anregung einer paritätischen Besetzung sowohl des Reichskammergerichtes, wie des Reichshofrates auf eine andere Gelegenheit verschoben.

Damit blieb nur noch eine, allerdings die eigentlich entscheidende Frage übrig, die Frage der Durchführung des Friedens. Da derselbe, wie bemerkt, als ein allgemeiner Friede zwischen allen Reichsgliedern gedacht war, so handelte es sich um die allgemeine Annahme desselben vonseiten der Reichsstände. So groß nun war das Vertrauen auf die innere Kraft der Sache und den Einfluß ihrer beiden Vertreter, daß man diesen Beitritt durch „bewegliches Ermahnen“ und durch die Bestimmung, daß die Vorteile des Friedens nur den Annehmenden zukommen sollten, zu erlangen hoffte: sobald dann die Annahme von der Mehrzahl erklärt wäre, sollte der Friede die Kraft eines Reichsgesetzes haben. Aber wie war es weiter mit Schweden und Frankreich zu halten? Bereitwillig wollte man diese und andere auswärtige Mächte in den Frieden einschließen, jedoch mit der unbedingten Forderung, daß ihre Streitkräfte unverzüglich den Boden des Reiches räumten, wobei dann besonders betont wurde, daß Lothringen von Frankreich herauszugeben, und daß auf Pommern das Erbrecht Kurbrandenburgs, wenn es dem Frieden beitrete, zu wahren sei.

Um nun diese Räumung nötigenfalls zu erzwingen, um auch widerstrebende Reichsstände zu der oben erwähnten Restitution anzuhalten, bedurfte man einer bewaffneten Macht, und da liefen nun die Friedensbestimmungen in die Organisation des Reichskrieges gegen Schweden, Frankreich und die dem Frieden widerstrebenden Reichsstände aus. Zur Bildung eines Heeres, so wurde festgesetzt, soll allen Reichsständen ein Beitrag von 80 Römernmonaten auferlegt werden, es soll dann, nachdem der Beitritt der Mehrzahl der Stände erfolgt sein wird, ein Reichstag für die Fortsetzung des Krieges sorgen. Die Stärke des Heeres wurde auf 80 000 Mann gesetzt; als ein einheitliches Heer — nur ihre besonderen Festungsgarnisonen mochten die Reichsstände daneben halten — sollte es dem Kaiser und Reich vereidet, und seine Führung dem vom Kaiser bestellten Feldherrn übergeben werden —, aber doch wieder mit der Einschränkung, daß innerhalb der gesamten Armee dem sächsischen Kurfürsten die selbständige Führung eines besonderen Korps zugestanden wurde, ein Recht, das auch den weiter beitretenden Kurfürsten, natürlich unter Voraussetzung der Erhöhung der Truppenzahl, vorbehalten wurde.

An diese Anordnungen schlossen sich dann noch zwei weitere Bestimmungen, die von tiefgreifender, sowohl momentaner, wie prinzipieller Bedeutung waren. Seit lange bestritt der Kaiser den Reichsständen das Bündnisrecht (S. 457), und auch Kurpfalz verabscheute von jeher die Sonderbünde, vor allem natürlich die katholische Liga: dem entsprechend wurde beschlossen, daß zugunsten der herzustellenden Einheit alle Bündnisse im Reich, ausgenommen der Kurfürstenverein und die vom Kaiser bestätigten Erbvereinungen, aufgehoben seien. Es war das ein schwerer Schlag gegen die Interessen Maximilians von Baiern im besonderen und die Selbständigkeit der Reichsstände im allgemeinen. In einem gewissen Gegensatz dagegen, insofern sie sich mehr gegen die kaiserlichen Machtbestrebungen richtete, stand die zweite Bestimmung, welche besagte: bei Aufrichtung einer „Kriegsverfassung“ im Reich soll für den Kaiser die Wahlkapitulation, für die Reichsstände die Kreisverfassung nebst den Reichsabschieden bindend sein, d. h. bei Eröffnung eines Reichskriegs soll der Kaiser die Zustimmung der Kurfürsten nicht umgehen, und für die zur Wahrung des Landfriedens angestellten Kriegsrüstungen der Kreise ist die von Ferdinand II. beanspruchte kaiserliche Ermächtigung (S. 290, 293) nirgends vorgeschrieben.

Das Pirnaer Friedenswerk, wie es also geschlossen war, wurde als vorläufiges Abkommen betrachtet; erst auf einer neuen am 13. Januar 1635 in Aussig zu haltenden Konferenz sollte der Austausch der Ratifikationen erfolgen, und hierauf die Einladungen zum Beitritt ergehen. Aber da gab es von kaiserlicher Seite unerwartete Anstände. Statt am 13. Januar konnte die Konferenz — wiederum zwischen beiderseitigen Gesandten — erst anfangs April, und statt in Aussig in Prag eröffnet werden, und da traten die Kaiserlichen mit einer Reihe von Aenderungsvorschlägen hervor. Der Grund des Wechsels lag teils in den gestiegenen Hoffnungen in Bezug auf den Gang des Krieges, teils auch in neuen Vorstellungen, welche der Kaiser von den neuerdings befragten Theologen und den drei katholischen Kurfürsten empfing. Hielt doch unter den letzteren der Kölner nach abermaliger Befragung seiner Theologen daran fest, daß der Pirnaer Friede „mit unverletztem Gewissen nicht könne ratifiziert werden“, während der Mainzer (8. Januar 1635) die Auskunft fand, alle kirchlichen Zugeständnisse zu bemängeln, dann aber mit der Erklärung zu schließen, daß, wenn der Kaiser den Abschluß des Friedens auf sich nehme, auch er sich demselben fügen werde. Ähnlich scheint das endlich (Februar) vom Kurfürsten Maximilian abgestattete Gutachten gelautet zu haben: auch er verlangte dringend nach Frieden, auch ihm schienen jedoch die kirchlichen Bedingungen nicht genügend zu sein. Daneben hatte er sowohl, wie sein Bruder in Köln noch einen besonderen Anlaß zum Einspruch: das waren die halben Zugeständnisse, die der Kaiser in der pfälzischen und der Hildesheimer Angelegenheit gemacht hatte.

Diese Einwendungen waren es, die den Kaiser zu seinen Verbesserungsvorschlägen bestimmten. Was aber sollte nun der sächsische Kurfürst thun? Er hatte sich in der Zwischenzeit durch Abweisung der Vorstellungen, welche Schweden und die Heilbronner Verbündeten gegen den Sonderfrieden erhoben, noch weiter von diesen getrennt, er sah sich zugleich im eigenen Land durch die

Fortschritte der kaiserlichen Truppen bedroht; da fand er denn keinen Ausweg, als sich schließlich eine lange Reihe von kleinen und großen Zusätzen zu den Friedensartikeln gefallen zu lassen. Viele derselben konnten als deutlichere Fassung des Sinnes gelten; so, wenn jetzt ausdrücklich gesagt wurde, daß die Restitution der seit 1627 okkupierten Kirchengüter wie den Protestanten, so auch den Katholiken zugute kommen solle. Aber andere griffen tiefer. Um die Baiern zu befriedigen, wurde in der pfälzischen Sache jene zugesagte gütliche Verhandlung gestrichen, und dafür bestimmt, daß es bei den vom Kaiser getroffenen Anordnungen, also der endgültigen Abtretung der Kurwürde und der sämtlichen rechtsrheinischen Lande an Baiern (S. 374), sein Bewenden habe; es wurde weiter durch Streichung des auf Hildesheim bezüglichen Artikels das Recht des Erzbischofs Ferdinand wie auf den kleinen, so auch den großen Teil des Stiftes als endgültig anerkannt, obwohl das Glück der Waffen seit Juli 1634 auch noch die bischöfliche Residenz selber in die Gewalt des Braunschweiger Hauses gebracht hatte.

Dann ging es an die kirchlichen Bestimmungen. Durchweg waren in der Pirnaer Urkunde die Protestanten als Augsburgische Konfessionsverwandte „und Protestierende“ bezeichnet. Jetzt wurde die letztere Bezeichnung gestrichen. Daß hierdurch die sogenannten Calvinisten aus dem Frieden ausgeschlossen werden sollten, wurde von den Kaiserlichen nicht gesagt, aber willkommen war es ihnen gewiß, daß die vereinfachte Fassung ihnen eine Handhabe bot, um gelegentlich den Ausschluß zu behaupten. Zu den einzelnen Satzungen fortschreitend, nahm man dann von der Restitution der nach 1627 den Protestanten entzogenen Kirchengüter jetzt diejenigen aus, die durch Urteil des Kammergerichtes oder Reichshofrates und nach Submission beider Parteien den Katholiken zuerkannt seien, wodurch wohl u. a. die Württemberger Klöster (S. 429) im katholischen Besitz geschützt werden sollten. Es wurde ferner hervorgehoben, daß die nach Ablauf der vierzig Jahre wieder freigegebene rechtliche Verfolgung des Anspruches auf die entzogenen Kirchengüter entweder vor dem Kammergericht oder dem für solche Sachen paritätisch zu besetzenden Reichshofrat zu geschehen habe, wodurch der doppelte Grundsatz der radikal protestantischen Partei, erstens, daß solche Streitigkeiten überhaupt nicht auf gerichtliche Entscheidung zu stellen seien, zweitens, daß dem Reichshofrat keine mit dem Kammergericht konkurrierende Gerichtsbarkeit zustehen, verworfen wurde. Wollte es demgegenüber viel besagen, wenn vier oberdeutschen Reichsstädten — Nürnberg, Ulm, Straßburg und Frankfurt — das sonst den Städten verjagte Zugeständnis des Normaljahres gewährt wurde? Schwerer fiel es jedenfalls ins Gewicht, daß in einer anderen Reihe von Zusätzen, vielleicht auf Einfluß Spaniens, die an Frankreich zu stellende Räumungsforderung, besonders die Rückgabe Lothringens, unbedingter gefaßt, und dementsprechend auch die für kriegerische Zurüstungen bestimmte Beisteuer von 80 Römermonaten auf 120 erhöht wurde.

Alle diese Aenderungen ließ sich Kursachsen gefallen. Dann aber kamen die Kaiserlichen mit einem letzten Zusatz, einer Liste nämlich der von der Amnestie Ausgeschlossenen. Sie war ungleich reichhaltiger, als nach der bei den Pirnaer

Vereinbarungen vom Kaiser gemachten Ankündigung von Sachsen erwartet war. Neben den kaiserlichen Bediensteten und erbländischen Unterthanen, die Verrat oder Feindseligkeiten gegen ihren Herrn verübt hatten, traf der Ausschluß eine stattliche Anzahl von Reichsgrafen und Herren, dann aber noch — was besonderen Anstoß erregte — zwei Fürsten, den Herzog Eberhard von Württemberg und den Markgrafen Friedrich von Baden. Allerdings hatten letztere sich im Kriegsdienst der Feinde hervorgethan; allein sie waren längst unschädlich gemacht, und die ungewöhnliche Strenge, mit der man gerade gegen sie vorging, erregte den Verdacht, daß man besondere Interessen verfolgte. In der That erfuhr man auch bald, wie besonders in Württemberg der Kaiser nicht nur die zurückgebliebenen katholischen Aebte zu schützen fortfuhr, sondern auch nach böhmischem Muster gewaltige Stücke aus dem Herzogtum herauschnitt, um sie dem Hause Oesterreich als zurückgenommene Pfandschaften, dem bairischen Kurfürsten für Schuldforderungen, den Grafen Schlick und Trautmannsdorf und dem Bischof von Wien als Belohnungen zu überweisen.

Der Form nach wurde der auf die Amnestie bezügliche Zusatz als eine kaiserliche Resolution ausgefertigt; aber sie sollte mit der Friedensakte gleiche Kraft haben, wie denn auch beide Urkunden das gleiche Datum führten: 30. Mai 1635. Indes, der Kurfürst von Sachsen, indem er über den Hauptabschied die Auswechselung der Ratifikationen vornahm (15. Juni), hielt doch für diesen Nebenabschied seine Zustimmung zurück. Es war die einzige offen ausgesprochene Differenz in dem jetzt zu Ende geführten Friedenswerk. Die größte Frage jedoch, die offen blieb, war, ob es gelingen werde, das gesamte Reich in den Frieden hineinzuziehen. Um ihre Lösung sollte noch dreizehn Jahre weitergekämpft werden.

---